

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Der Kampf ums Asylrecht
Nahe bevorstehender Ernstfall
Hitler in Polen
Vertagte Gemeindewahlen

Das Spiel um den Frieden

Deutsch-italienische Verschleppungstaktik im Nichtinterventionsausschuß

Vor fünf Jahren

Die letzten freien Reichstagswahlen

Im Zusammenhang mit der Fortdauer der Krise der Nicht-Interventionspolitik erheischen die militärischen Ereignisse in Spanien selbst erhöhte Aufmerksamkeit. Die Armee des General Franco hat Gijon erobert und der verzweifelte Widerstand der mit Munition und Material schlecht ausgerüsteten asturischen Bergarbeitern in den Bergen von Oviedo ist trotz ihrer Tapferkeit zu Ende.

Die Nationalsozialisten verfügen jetzt über Asturien. Es ist das wichtigste Rohstoffgebiet Spaniens. Hier liegen die größten Steinkohlengruben und bedeutende Lagerstätten von Eisenerz, Kupfer, Zink und Schwefel. Noch wichtiger sind die unmittelbaren militärischen Folgen des nationalistischen Sieges. Mit Gijon haben die Republikaner ihren letzten Stützpunkt an der atlantischen Küste verloren. Die Seestreitkräfte Francos können jetzt ihre Tätigkeit auf die Mittelmeerküste konzentrieren und mit mehr Aussicht als bisher die Blockade des republikanischen Spaniens durchzuführen versuchen. Zugleich werden erhebliche Kräfte der Nordarmee frei, die zur Verstärkung des Angriffs auf Madrid und Barcelona verwendet werden können. Wenn auch die spanische Volksarmee eine erhebliche Verbesserung ihrer Organisation und Kampfkraft erfahren hat und das Herannahen des Winters der Verteidigung zugute kommt, so darf man sich doch nicht verhehlen, daß die Eroberung Asturiens durch Franco eine erhebliche Stärkung seiner Position bedeutet.

In Rom rechnet man jedenfalls mit mehr oder weniger begründetem Optimismus auf neue militärische Erfolge und weitere Fortschritte Francos. Das würde allerdings allmählich die ganzen Fragen der Nichtintervention einschließlich der Zurückziehung der Freiwilligen gegenstandslos machen. Denn ein Sieg Francos schüfe ja das von Italien und Deutschland gewünschte fait accompli, die vollendete Tatsache der Beherrschung Spaniens durch den von Deutschland und Italien Abhängigen. Die entscheidende Machtfrage wäre zugunsten der Diktaturen gelöst, und den Westmächten bliebe dann die Sorge, wie sie sich gegen ihre Niederlage unter weit ungünstigeren Umständen als den gegenwärtigen noch zur Wehr setzen wollen. Ja, noch mehr: selbst wenn die Fortschritte Francos keine rasche Entscheidung bringen, was noch immer erwartet werden darf, so bedeutet schon die Fortdauer des jetzigen Zustandes der militärischen und technischen Hilfeleistung für Franco durch Deutschland und Italien eine fortschreitende Schwächung der spanischen Regierung, und der Zeitpunkt ist abzusehen, wo auch Gegenmaßnahmen, wie die Oeffnung der Grenzen oder ungehinderter Zuzug von Freiwilligen nicht mehr ausreichen, um der spanischen Regierung wirksam zu Hilfe zu kommen und das gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen.

Aus solchen Erwägungen erklärt sich die Taktik Italiens und Deutschlands im Nichtinterventionsausschuß. Ihr Hauptziel muß sein Zeit zu gewinnen, ohne den Ausschuß zu sprengen und ohne das Ende der sogenannten Nichtintervention, die sie ja für sich selbst nie befolgt haben, konstatieren zu lassen. Denn das müßte ja England und Frankreich zu Gegenmaßnahmen zwingen. Diese Taktik hat bisher den eigentümlichen Verlauf der Londoner Verhandlungen bestimmt. Einem Schritt nach vorwärts in der Richtung der Verständigung folgten bisher zwei Schritte nach rückwärts. Schien nach der ersten Sitzung der Zusammenbruch der Verhandlungen fast unmittelbar bevorzustehen, da sich Italien und Deutschland weigerten, auf die wesentlichen Punkte des englisch-französischen Vorschlags einzugehen, der eine rasche und wirksame Entfernung der »Freiwilligen«, also des italienisch-deutschen Militärs und der Techniker herbeiführen wollte, so trat in einer zweiten Sitzung ein neuer Szenenwechsel ein: Italien erklärte plötzlich die englisch-französischen Vorschläge anzunehmen, und die Vorbehalte, die es machte, schienen nicht so schwerwiegend, um ein endgültiges Kompromiß zu verhindern.

Am 6. November vollenden sich fünf Jahre, seit das deutsche Volk zum letztenmal frei zum Reichstag gewählt hat. Damals erhielten die Nationalsozialisten 11.7 von 35.4 Millionen Stimmen, die Sozialdemokraten 7.2, die Kommunisten 6, Zentrum mit Bayrischer Volkspartei 5.3, die Deutschnationalen 3 Millionen Stimmen. Der Rest verteilte sich auf die Volkspartei, die Staatspartei und kleinere Splittergruppen.

Die Nationalsozialisten hatten also bei diesen letzten Reichstagswahlen, bei denen die anderen Parteien noch einigermaßen frei agitieren konnten, kaum ein Drittel der »Volksgenossen« auf ihrer Seite, sie hatten seit dem Juli zwei Millionen Stimmen verloren und waren mit ihren Parteifinanzien am Rande des Bankrotts. Ihre Gegner zählten mehr als doppelt soviel Stimmen als sie, die beiden »marxistischen« Parteien zusammen um 1.5 Millionen stärker.

Das war die Zeit, in der Hitler nach dem Zeugnis Göbbels Selbstmordgedanken hegte. Es war aber auch die Zeit, in der die NSDAP gleich einem verzweifelten

Spiele die letzten, gefährlichsten Tricks versuchte und mit ihnen gewann. Es beginnt die Uebertöpelung Hindenburgs und der Deutschnationalen, denen man ein loyales Bündnis versprach, worauf man, nachdem sie in die Falle gegangen waren, den Reichstag anzündete, um auf diese Weise von allen übernommenen Verpflichtungen loszukommen. Jetzt konnten die SA und SS auf die widerspenstigen Wähler losgelassen werden, jetzt hörte jede Beeinflussung der Wähler in gegnerischem Sinne auf, jetzt war dem Wahlschwindel Tür und Tor geöffnet und jetzt beginnt erst der in jeder Beziehung schwindelhafte Aufstieg der nationalsozialistischen Stimmen von nicht ganz 33 Prozent auf annähernd 100 Prozent.

Am 6. November 1932 hat man zum letztenmal an den Wahlziffern ablesen können, wie die Wähler wirklich dachten. Alles was sich seitdem in der Seele des deutschen Volkes abgespielt hat, liegt im Dunkel. Möglich, daß ein Teil der 23.7 Millionen, die vor fünf Jahren noch der nationalsozialistischen Wahldemagogie Widerstand leisteten, ihr später doch noch

erlegen sind und ohne ein Gefühl äußeren Zwanges für Hitler gestimmt haben. Aber wenn es eine solche Welle wirklich gegeben haben sollte, so ist sie inzwischen längst wieder zurückgeebbt. Viele urteilsfähige Beobachter in Deutschland selbst versichern, daß Hitler bei freien Wahlen nicht einmal mehr die Stimmen vom November 1932 erhalten würde, sondern viel weniger.

Völlig absurd ist die Vorstellung, daß die 12.2 Millionen, die den Nazis vor fünf Jahren durch Abgabe eines »marxistischen« Stimmzettels ihren Haß und ihre Verachtung bekundet haben, seitdem begeisterte Anhänger Hitlers geworden wären. Ebenso wenig läßt sich denken, daß die 5.3 Millionen, die damals zum politischen Katholizismus standen, aus echter Ueberzeugung das Kreuz mit dem Hakenkreuz vertauscht haben.

Das deutsche Volk ist in den fünf Jahren seit seiner letzten freien Willensbekundung nicht nazistisch geworden. Es läßt sich nur, weil es sich nicht zu helfen weiß, von einer Partei terrorisieren, die es innerlich ablehnt.

langt, daß diese Anerkennung zugleich mit dem ersten Beginn der Zurückziehung ausgesprochen werden sollte, während Rußland den Vorschlag erst dann »erwägen« wollte, wenn der Rückzug aller Freiwilligen vollständig erfolgt wäre. Rußland hat diesen Standpunkt im wesentlichen in der Freitagsitzung aufrechterhalten, worauf Italien und Deutschland die willkommene Gelegenheit ergriffen, zu erklären, daß die Beschlüsse des Ausschusses nur in voller Einstimmigkeit erfolgen könnten. Die Sitzung endete also ganz negativ. Der völlige Zusammenbruch konnte nur dadurch vermieden werden, daß der englische Außenminister, der den Vorsitz führte, den Vorschlag machte, den Regierungen direkt einen Resolutionsentwurf zu unterbreiten, der im wesentlichen die englisch-französischen Vorschläge aufrecht erhält: vollständige Zurückziehung der Ausländer, beginnend mit dem symbolischen Zurückberufen einer kleinen Zahl, Ernennung der Kontrollkommissionen, Festsetzung der Bedingungen für die Zuerkennung der Rechte von kriegführenden Parteien, Erneuerung der Verpflichtung der Regierungen, keine Waffen oder Kämpfer nach Spanien zu senden, und Wiederherstellung und Verstärkung der Kontrolle der See- und Landgrenzen Spaniens. Der Vorschlag wurde angenommen. Am Dienstag, dem 26. Oktober, haben die neuen Verhandlungen begonnen. Italien ist abermals mit einem »Vermittlungsvorschlag« hervorgekommen, der keine Aussicht auf Annahme hat, wohl aber zu neuen Verschleppungen zweckdienlich ist. So wie Mussolini in der Frage Abessinien vor Kriegsbeginn um Zeitgewinn gekämpft hat, so auch jetzt wieder. Jede Woche, die er gewinnt, erhöht Francos Aussichten.

Wir haben diese »Prozeduren« dargestellt, weil es schließlich bei diesem Spiel um ein Spiel um Krieg und Frieden geht. Bis jetzt ist dadurch das Ziel

zustellen. Auf Grund ihrer Berichte sollte dann die rasche Entfernung der Ausländer durchgeführt werden. Dabei hatten England und Deutschland den eigentlich selbstverständlichen Vorschlag gemacht, daß diese Zurückziehung im Verhältnis zur Stärke der beiderseitigen Kontingente erfolgen sollte, während Italien zuerst die Zurückziehung einer jeweils gleichen Anzahl verlangte. Da die Zahl der Deutschen und Italiener auf seiten Francos jedenfalls das Mehrfache der Kämpfer der Internationalen Brigaden beträgt, hätte dies eine einseitige und unter den jetzigen Umständen vielleicht entscheidende Begünstigung Francos bedeutet. In der zweiten Sitzung schien Italien diese Forderung auch fallen gelassen zu haben.

Aber die Hoffnungen der englischen Regierung auf einen raschen Fortschritt infolge des »Entgegenkommens« Italiens wurde schwer enttäuscht. In der Sitzung ergaben sich neue, für die englische Regierung offenbar unerwartete Schwierigkeiten. Italien, Deutschland und Portugal weigerten sich, die Resultate über die Zahl der Ausländer, zu denen die neutralen Kommissionen gelangen würden, als endgültige Basis für die weiteren Entscheidungen anzuerkennen. Damit würde aber die Entsendung der Kommissionen selbst sinnlos; die Grundlage für die Durchführung der Zurückziehung der Truppen würde fehlen, der englisch-französische Plan wäre zum Scheitern gebracht. Eine zweite Schwierigkeit kam von Sowjetrußland. Nach dem englisch-französischen Plan sollte den beiden spanischen Parteien nach einer »substantiellen« Entfernung der »Freiwilligen« die Rechte von Kriegführenden in bestimmtem Ausmaß zuerkannt werden. Es war dieser Vorschlag, der bereits im Juli das Scheitern der Verhandlungen bewirkt hatte. Italien und Deutschland hatten ver-

langt, daß diese Anerkennung zugleich mit dem ersten Beginn der Zurückziehung ausgesprochen werden sollte, während Rußland den Vorschlag erst dann »erwägen« wollte, wenn der Rückzug aller Freiwilligen vollständig erfolgt wäre. Rußland hat diesen Standpunkt im wesentlichen in der Freitagsitzung aufrechterhalten, worauf Italien und Deutschland die willkommene Gelegenheit ergriffen, zu erklären, daß die Beschlüsse des Ausschusses nur in voller Einstimmigkeit erfolgen könnten. Die Sitzung endete also ganz negativ. Der völlige Zusammenbruch konnte nur dadurch vermieden werden, daß der englische Außenminister, der den Vorsitz führte, den Vorschlag machte, den Regierungen direkt einen Resolutionsentwurf zu unterbreiten, der im wesentlichen die englisch-französischen Vorschläge aufrecht erhält: vollständige Zurückziehung der Ausländer, beginnend mit dem symbolischen Zurückberufen einer kleinen Zahl, Ernennung der Kontrollkommissionen, Festsetzung der Bedingungen für die Zuerkennung der Rechte von kriegführenden Parteien, Erneuerung der Verpflichtung der Regierungen, keine Waffen oder Kämpfer nach Spanien zu senden, und Wiederherstellung und Verstärkung der Kontrolle der See- und Landgrenzen Spaniens. Der Vorschlag wurde angenommen. Am Dienstag, dem 26. Oktober, haben die neuen Verhandlungen begonnen. Italien ist abermals mit einem »Vermittlungsvorschlag« hervorgekommen, der keine Aussicht auf Annahme hat, wohl aber zu neuen Verschleppungen zweckdienlich ist. So wie Mussolini in der Frage Abessinien vor Kriegsbeginn um Zeitgewinn gekämpft hat, so auch jetzt wieder. Jede Woche, die er gewinnt, erhöht Francos Aussichten.

Wir haben diese »Prozeduren« dargestellt, weil es schließlich bei diesem Spiel um ein Spiel um Krieg und Frieden geht. Bis jetzt ist dadurch das Ziel

zustellen. Auf Grund ihrer Berichte sollte dann die rasche Entfernung der Ausländer durchgeführt werden. Dabei hatten England und Deutschland den eigentlich selbstverständlichen Vorschlag gemacht, daß diese Zurückziehung im Verhältnis zur Stärke der beiderseitigen Kontingente erfolgen sollte, während Italien zuerst die Zurückziehung einer jeweils gleichen Anzahl verlangte. Da die Zahl der Deutschen und Italiener auf seiten Francos jedenfalls das Mehrfache der Kämpfer der Internationalen Brigaden beträgt, hätte dies eine einseitige und unter den jetzigen Umständen vielleicht entscheidende Begünstigung Francos bedeutet. In der zweiten Sitzung schien Italien diese Forderung auch fallen gelassen zu haben.

Aus großer Zeit

Deutschlands und Italiens, Zeit zu gewinnen, unzweifelhaft erreicht worden trotz der so bestimmten Erklärungen Delbos und Eden, neue Verzögerungen nicht zulassen zu wollen. Aber die Zeit drängt nun in der Tat, und die nächste Entscheidung — die über Neuaufrichtung oder den Zusammenbruch der Interventionspolitik, — die ja selbst nur eine provisorische ist, kann nicht mehr allzulange hinausgezögert werden.

Dr. Richard Kern.

Schacht

Die Demission Schachts als Reichswirtschaftsminister ist von Hitler angenommen worden, jedoch bleibt Schacht nach wie vor Reichsbankpräsident. In der Sache ändert sich durch diese Demission nichts. Die Rüstungswirtschaft nach dem Vierjahresplan wird unverändert fortgesetzt. Zwischen Schacht und Göring bestehen lediglich Meinungsunterschiede über das Tempo, nicht über das Wesen des Systems.

Schacht ist nach wie vor einer der schärfsten Vertreter der deutschen Kolonialforderungen, die gerade jetzt wieder in den Vordergrund geschoben werden. Das Dritte Reich verlangt Togo, Kamerun und Ostafrika zurück, und dazu die Schaffung eines großen Kolonialgebietes in Afrika, das von England, Deutschland und Italien gemeinsam verwaltet werden soll.

Daß diese Forderung in so bestimmter Form jetzt auftaucht, gehört zu dem großzügigen Erpressungsfeldzug, den das Dritte Reich und Italien gegen England unternehmen. Bei diesem Erpressungsfeldzug gegen England aber ist Schacht mit ganzem Herzen dabei. Er ist einer der Väter dieser Politik.

Das Duell

Das braune System hat das Duell wieder eingeführt. Braune Totschläger und braune Lakeien sollen ihre sogenannte Ehre untereinander mit der Waffe in der Hand verteidigen. Bisher sind als Opfer dieser blutigen Lehre von der braunen Ehre harmlose Hitlerjungen gefallen, denen ein Kamerad das Messer in den Leib stieß, weil man es ihm in die Hand gegeben und sein unreifes Gehirn mit noch unreiferen Blutlehren angefüllt hatte. Diesmal ist ein Erwachsener des braunen Systems das Opfer, ein Mitarbeiter des »Völkischen Beobachters«. Er hat wie seinesgleichen preußische Offizierslehre von anno 1880 markiert und hat dabei Pech gehabt. Anno 1880 wurde aus solchem Duellpech übrigens keine Parteireklame gemacht, aber in der Aera Göbbels schreit man laut: »Seht, was wir Pgs. für eine pikante Ehre haben, wir lassen uns sogar im Duell totschießen, wir sind echte, ganz echte Nachahmer der feinen Leute von 1880.«

Diese Göbbelssche Propaganda hat dieser Affäre eine ziemlich weite Publizität gegeben. Außerhalb Deutschlands hat man bei dieser Gelegenheit die Problematik des Duells überhaupt erörtert — um so mehr, als der »Völkische Beobachter« zu bedauern scheint, daß nicht der Gegner seines Mitarbeiters auf der Strecke geblieben ist. Aber was geht uns dieser »Ehrenhandel« an? Wir haben in den Vorträgen oberster nationalsozialistischer Führer, die wir hier veröffentlicht haben, reichliche Aufschlüsse über den Begriff der braunen Ehre und über die braunen Rechtsbegriffe erhalten. Wenn Macht Recht schafft, wenn der Stärkere den Schwächeren ausmerzen darf, dann ist der bessere Pistolenschütze eben allemal im Recht. Das ist dann die Auslese der Tüchtigen und die Ausrottung der Minderwertigen im nationalsozialistischen Sinne. Das Duell ist das private Abbild der nationalsozialistischen Auffassung vom internationalen Recht: Wer mehr Soldaten und Artillerie besitzt, hat immer recht gegenüber denen, die an ein absolutes Recht glauben.

Ist es aber nicht charakteristisch, daß dieser eine Tote eines Duells im Dritten Reich fast mehr Beachtung findet, als die Hunderttausende von Todesopfern nationalsozialistischer Rechtsbegriffe in Spanien?

Norwegen wählt rot. Bei den Gemeindevahlen in Norwegen erzielte die Arbeiterpartei wieder Erfolge. Faschisten und Kommunisten erhielten fast keine Stimmen.

Frische Wurst — aus faulen Fischen. Im zweiten oder dritten Jahr des großen Krieges, begann man in Deutschland Fischleberwurst herzustellen. So manchem, der sie damals essen mußte, wird heute noch übel, wenn er an den Geschmack dieses Wurstersatzes zurückdenkt...

Heutzutage lebt Deutschland im tiefsten Frieden, es gibt keine Not, keine Arbeitslosen, Hitler hat alle vom Uebel und von der Schmach erlöst — aber mitten in diesem Göringglück und Göbbelsglanz ist nun neben tausend anderen Ersatzstoffen auch die Fischwurst plötzlich wieder da, vorausgesetzt, daß die folgende Greuelmeldung auf Wahrheit beruht, die wir einem Runderlasse des Reichsinnenministers entnehmen, in dem es u. a. heißt:

»In letzter Zeit werden von verschiedenen Stellen Würste und Wurstwaren aus Fisch hergestellt und in den Handel gebracht. Es handelt sich in der Regel um Bockwürste, Bratwürste, Gulaschfleisch... und hackfleischähnliche Zubereitungen sowie um Leber- und Blutwürste...«

Der zitierte Runderlaß ist an die Nahrungsmittelpolizei gerichtet und lenkt in seinem weiteren Wortlaut die Aufmerksamkeit dieser Behörde auf die Tatsache hin, daß das zu Wurst verarbeitete Fischfleisch leicht faul und daß oft Fischwürste in den Handel gebracht werden, deren Genuß zu schweren Gesundheitsschädigungen führt. Die Behörde möge deswegen diese Erzeugnisse besonders häufig kontrollieren usw.

Faule Flache — statt frischer Wurst! Hackfleisch aus Hering, Gulasch aus Stint! Keine Woche vergeht, ohne daß der Göring eine neue Spezialität dem deutschen Volke auf den Speisezetteln setzt.

»Geschenke«. Jetzt begnügen sich die Führer schon nicht mehr damit, die deutschen Museen auszuraubern, und sich aus dem Kunstbesitz des Volkes ein wertvolles Stück nach dem andern gegenseitig zum Geschenk zu machen, nein, jetzt gehen sie gar dazu über, die deutschen Berge unter sich zu verteilen. So hat der preussische Staat (das sind die Herren Göring und Frick) dem Führer zum Andenken an das Erntedankfest den Bückeberg geschenkt... Man

Vertagte Gemeindevahlen

Tschechoslowakei und — Deutschland

Nun müssen also die unglücklichen Deutschen in der Tschechoslowakei noch ein paar Monate warten, bis sie wieder nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen wählen dürfen! Kann man sich in dem von Hitler befreiten Deutschland einen solchen Grad von Knechtschaft überhaupt vorstellen? Anscheinend nicht — man ist offenbar ganz fassungslos darüber, daß es ein Land auf der Welt gibt, wo solche Dinge noch vorkommen können.

In Hitlerdeutschland hat man es nicht notwendig, Gemeindevahlen zu verschieben, denn dort wird zu den Gemeinden bekanntlich überhaupt nicht mehr gewählt. Alle vom Volke gewählten Stadtverordnetenversammlungen sind zum Teufel gejagt worden, und alle Gemeinden, von Berlin bis Buxtehude, werden von ernannten Beamten des Parteistaates kommissarisch verwaltet.

Trotzdem aber gibt es auch in Deutschland Wahlen, die immer wieder hinausgeschoben werden. Von der Wahl von Vertrauensräten in den Betrieben, die alljährlich stattfinden sollte, ist überhaupt nicht mehr die Rede. Kirchenwahlen sind, ganz ohne Not, angekündigt worden, aber man denkt offenbar gar nicht mehr daran, einen Termin für sie festzusetzen.

Nach der letzten Volksabstimmung und Reichstagswahl im Sommer 1935 kündigte Hitler höchstselbst an, von nun an würde das Volk alljährlich zu solchen Kundgebungen aufgerufen werden. Man kann allerdings sehr im Zweifel sein, ob das Volk an solchen Abstimmungen und Wahlen etwas verliert oder nicht, aber versprochen ist versprochen, und an einem Führerwort soll man nicht drehn und deuteln. Nun, es sind mehr als zwei Jahre vergangen, seit jene Ankündigung erfolgt ist, aber es ist nichts geschehen, um sie wahrzumachen. Selbst zu solchen Wahlkommodien wie den Vertrauensratswahlen, den Kirchenwahlen, den allgemeinen politischen Wahlen findet man nicht mehr den Mut. Aber wenn in einem anderen Lande die Gemeindevahlen verschoben werden, erhebt man darüber ein Mordgeschrei!

hat ja vier Jahre Zeit gehabt, sich an diese Sorte Sozialismus zu gewöhnen.

Manchmal aber kriegt auch das Volk oder die untere Parteigenossenschaft von den Führern was geschenkt. Jawohl. Dabei pflegt es dann auch sehr originell zuzugehen. Woher z. B. die Gelder der sogenannten »Dr.-Göbbels-Stiftung« stammen, das haben wir neulich schon verraten. Jetzt gibt es auch eine »Saucel-Stiftung«. Wer aber meint, daß da Herr Saucel, der thüringische Gauleiter was gestiftet hat, der irrt sich. Sondern: in 2000 Betrieben sollen die Arbeiter künftig allmonatlich auf den Lohn einer Arbeitsstunde verzichten. Von diesem Geld sollen »Maßnahmen für die Schaffenden« durchgeführt werden. Was für Maßnahmen, wird nicht verraten. Aber das ganze heißt jedenfalls »Fritz-Saucel-Stiftung«.

Noch ein Beispiel: In einer braunen Zeitschrift war kürzlich die Rede von einem »Erholungsheim für verdiente Parteigenossen, das der Frankenfürher gestiftet hat und das den Namen Julius-Streicher-Heim führt... Das Heim ist von Nürnberger Kaufleuten für diesen Zweck dem Frankenfürher zur Verfügung gestellt worden.«

Die Kaufleute also haben — mehr oder minder freiwillig — das Heim zur Verfügung gestellt. Aber der Streicher hats gestiftet. Und wer das irgendwie seltsam findet, der beweist damit nur, daß die braune Gangsterlogik allzuweit über seinen beschränkten Horizont hinausgeht.

Zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden in Berlin zwei Arbeiter auf Grund von § 3 und 4 des »Gesetzes zur Verhinderung der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg«. Solch ein Gesetz gibt es nämlich — wie man sich vielleicht erinnert, Die beiden Verurteilten haben übrigens laut Gerichtsbericht gar nicht den Versuch gemacht, Deutschland zu verlassen und nach Spanien zu fahren. Sie haben lediglich im Gespräch den Plan erwogen, in die Internationale Brigade einzutreten...

Natürlich richtet sich das Gesetz mit absolut gleicher Schärfe auch gegen Leute, die auf der Franco-Seite kämpfen wollen. Wenn bisher von diesen kein einziger unter Anklage gestellt wurde, so ist das einzig und allein dem zufälligen Umstand zuzuschreiben, daß es in Deutschland keinen

Staatsanwalt gibt, der im Konzentrationslager totgeschlagen zu werden wünscht...

»Autoritäres Volk«. Reichsjustizminister Frank pflegt gern und oft Reden zu halten und dabei manches große Wort gelassen auszusprechen. Neulich hat er sich vor der »Deutschen Gesellschaft für Gefängniskunde« produziert und seinen Zuhörern klargemacht, daß es ein grober Irrtum, ja im Grunde eine Verleumdung sei, wenn man den Nazistaat als »autoritär« bezeichnet.

»Nicht der Staat ist bei uns autoritär, sondern das Volk. Das deutsche Volk regiert sich selbst durch den Führer und es verdient diese Freiheit, denn es ist das anständigste Volk der Erde.«

Andere Völker sind also weniger anständig und verdienen nicht die wunderbare Freiheit, deren sich das »autoritäre« deutsche Volk erfreut. Sie müssen sklavisch unterm Joch der Demokratie seufzen und genießen nicht mal die Segnungen des Kazzelagers...

A propos — Kazzelager! Herr Frank wandte sich in seiner Rede auch konkreteren Fragen des deutschen Strafvollzuges zu und beteuerte, daß es in Deutschland künftig nur eine Instanz geben dürfe, die Strafen verhängt, und das sei das Gericht. Niemand dürfe mehr auf bloßen Polizei- oder Parteibefehl hin in Haft gehalten werden.

»Es ist daher in Zukunft auch nicht möglich, daß im Anschluß an die Kriminalstrafe durch polizeiliche Verfügung eine Verlängerung der Haft erwirkt werden kann.«

Bedeutet das die Abschaffung der »Schutzhaft«? O nein. Denn der Herr Oberbüttel beedte sich seiner großartigen Erklärung einen kleinen unauffälligen Nachsatz anzufügen:

»Etwas ganz anderes ist es natürlich, wenn gegen gefährliche Verbrecher auf dem Gebiete des Hoch- und Landesverrats eingeschritten wird.«

Jeder Deutsche ist frei und »autoritär«. Er darf nur von seiner Freiheit und Autorität keinen Gebrauch machen wollen. Sonst ist er ein gefährlicher Verbrecher. Und wenn gegen gefährliche Verbrecher eingeschritten wird, dann ist das natürlich »ganz was anderes«...

Die Juristen, vor denen Frank diesen Veitstanz aufführte, hörten aufmerksam zu und spendeten Beifall. K. K.

Was aber sollen angesichts solcher Manifestationen von delirium tremens eines um jede Vernunft gebrachten Nationalismus und Amokläufers die Friedensbetuerungen dieses Regimes, die Wortkaskaden bei Botschafterdejeuners oder Ausstellungseröffnungen über die absolute Harmlosigkeit des Nationalsozialismus im Verhältnis zu den anderen Nationen? Es ist ja nicht so, wie in irgendeinem demokratischen Staat, daß hier nur eben eine private Verrücktheit für sechs Mark fünfzig zur Bewertung stände, sondern — hier spricht mit Zensurstempel und reichsamtlicher »Schrifttums«-Beglaubigung das System und das Regime selbst. Wie lange mag die fromme Illusion über seinen wahrhaften Charakter eigentlich noch dauern?!

Danzig total braun

Die Pressestelle des Danziger Senats teilt mit: »Mit Verfügung vom heutigen Tage hat der Polizeipräsident die Zentrumsparlei einschließlich ihrer Nebenorganisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Auflösung ist erfolgt, nachdem festgestellt worden war, daß ein Mitglied des Vorstandes der Zentrumsparlei wiederholt sich schwerster Verstöße gegen Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hat.«

Die Begründung ist echt nazistisch. Weil ein Mitglied des Parteivorstandes gegen das Gesetz gesündigt hat, wird eine Organisation aufgelöst.

Bezeichnend für die gegenwärtigen Verhältnisse in Danzig ist es, daß der Parteivorstand dieser alten katholischen Partei auf die Beschwerdeführung gegen diesen Beschluß des Danziger Senats verzichtet hat. Sie wissen, daß es doch keinen Zweck hat.

Danzig ist nun nach Auflösung aller alten politischen Parteien wenigstens offiziell total nationalsozialistisch...

Lautwandel aus Staatsräson

Früher nannte die deutsche Rechtsprache das Vergehen eines Automobilisten, der nach einem von ihm verursachten Unfall das Weite suchte, »Führerflucht«. Heute macht sich der gleiche Missetäter der »Fahrerflucht« schuldig. Man wünscht offensichtlich keinen »Vorgang« zu schaffen, ein anderes Wort der Rechtsprache für »Präzedenzfall«.

Karriere

Nachdem der frühere Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler, den Versuch als gescheitert aufgeben mußte, unter der nationalsozialistischen Diktatur die Gemeinde weiter ordnungs- und fachgemäß verwalten und leiten zu können, ist er Anfang des Jahres aus seinem Amte geschieden.

Es haben seither heftige Kämpfe hinter den Kulissen um die Nachfolge Dr. Goerdelers stattgefunden. Sie sind — wie es im Dritten Reich kaum anders zu erwarten ist — mit einem Siege der Partekorruptionisten beendet worden. Den Leipziger Oberbürgermeister-Posten hat inzwischen ein »alter Kämpfer«, also ein hundertprozentiger Nationalsozialist, besetzt.

Der Mann heißt Walter Dönnicke. Bevor es eine NSDAP gab, war er den Leipziger Holzarbeitern nur bekannt aus einem Streik, in dem er sich als einer der wenigen Streikbrecher betätigte. Damit hatte er die Qualifikation, um später von Hitler zum Kreisleiter der Leipziger Organisation ernannt zu werden, die bis 1933 trotz allen Anstrengungen eine der schwächsten im ganzen Deutschen Reich blieb.

Nach der Aufrichtung der Hitler-Diktatur setzte sich Dönnicke in die Kreishauptmannschaft. Nun ist der Mann, der ohne jede Fähigkeiten für kommunalpolitische Betätigung ist und der nicht die geringste Ahnung von der Verwaltung einer Gemeinde hat, der Oberbürgermeister Leipzigs geworden.

Er hat damit nicht nur den in Aussicht genommenen Präsidenten des Messeamtes, Dr. Köhler, der sich in den letzten Jahren in der widerlichsten Weise bei den Nationalsozialisten angebeudelt hat, geschlagen, sondern er hat auch dem zweiten Bürgermeister, seinem Parteigenossen Haake, den Weg nach oben versperrt.

Gesellschaftsspiel

In den »Blättern des Deutschen Roten Kreuzes« weist der Referent im Reichsluftfahrtministerium, Oberregierungsbaurat Dr. Mielenz, darauf hin, daß die Volksgasmaske zum Schutz gegen Leuchtgas nicht geeignet sei, da Kohlenoxyd durch den VM-Filter nicht zurückgehalten werde.

»Besitzer von Volksgasmasken dürfen daher nicht »Übungen« in leuchtgasgefüllten Räumen vornehmen, um sich von der Wirksamkeit ihrer Volksgasmaske zu überzeugen. Eine Gelegenheit hierzu wird durch den Reichsluftschutzbund geboten werden, der jedem Besitzer einer Volksgasmaske die Möglichkeit geben wird, gasdichten Sitz und Wirksamkeit seiner VM im Tränengas nachzuprüfen.«

Die Maskenbesitzer, die voreilig den Gasbalm aufdrehen, scheinen dem deutschen Luftschutz lebhaft zu mißtrauen. Ob sie durch Tränengas zu beruhigen sind?

Ihr Patent

Wunder über Wunder: Die Naziblätter werben für eine Vermenschlichung der politischen Agitation. Das »Schwarze Korps« reproduziert Bilder aus der englischen Presse: »Japanische Offiziere erproben an toten Chinesen die Schärfe ihrer Bajonette«. Woher soll diese »blutrünstige Greuelüge« anders stammen, als aus Sowjetrußland? Das SS-Organ schüttelt sich vor Ekel:

»Diese Methode ist zwar alt, oft gebraucht und ein wenig abgenutzt, und außerdem legt sie Zeugnis ab von der charakteristischen Eigenart ihrer Urheber und von der Kulturlosigkeit der diese Greuelügen verbreitenden Länder, aber diese Tatsachen haben es bis heute nicht vermocht, die Weltpresse von diesen schmachvollen und verkommenen Gebräuchen abzubringen.«

Das macht ihnen niemand nach. Seit Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges überschüttet die deutsche Presse das deutsche Volk mit Greuelbildern, die sich vor Verlogenheit überschlagen und denen die Fälschung an der Stirn geschrieben steht. Die sozialdemokratische Presse hat einige solcher Fälschungen aufgedeckt. »Francosoldaten verteilen Brot an hungernde Kinder, nur war das Foto in München hergestellt, die deutsche Marke des Lastautos war aus Versehen mit aufs Bild geraten. »Leichen spanischer Kinder, von den bolschewistischen Banditen ermordet.« In Wirklichkeit stammte die Aufnahme aus dem spanischen Regierungslager: tote Kinder, allerdings, aber von Francobomben zerrissen. In München wurde ein Film gegen die »spanischen Bolschewistenbordene gedreht, mit toten Kindern, mit dem Gebrüll der »entmenschten Horden«, in München fabriziert, als spanischer Film ausgegeben.

Heute toben Naziblätter gegen diese »schmachvollen und verkommenen Gebräuche der Weltpresse« und das SS-Organ fragt pathetisch: »Wo bleibt angesichts dieser blutrünstiger Hetze das Weltgewissen?«

Hitlers loyale Volksgenossen

Verhaftungen in der Direktion und Redaktion der »Kattowitzer Zeitung«

Die polnischen Behörden haben in der Nacht zum 21. Oktober in dem Naziunternehmen »Kattowitzer Zeitung« eine Hausdurchsuchung durchgeführt und dabei eine Menge von Exemplaren einer illegalen Ausgabe der »Kattowitzer Zeitung« beschlagnahmt. Vorher hatte man an der Grenze bei Piekary eine Kolporteurin dieses Unternehmens beim Schmuggel dieser illegalen Zeitung nach Deutschland gefaßt. Hierauf wurden der Direktor der »Kattowitzer Zeitung«, Dr. Horst Kriete, der Chefredakteur Heinz Weber, der Verantwortliche Heinz Kostka und der Expedient Erich Sowodlich verhaftet, denen Hochverratsbestrebungen gegen den polnischen Staat zur Last gelegt werden.

Die »Kattowitzer Zeitung« ist eine der schärfsten Vertreterinnen des reichsdeutschen Nazismus in Polen, deren Artikel in Fragen der deutschen Minderheit wiederholt bei der Presseschau im deutschen Rundfunk als Beweise gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Polen angeführt werden. Da diese Artikel meist der Beschlagnahme durch die Zensur verfallen, haben der Chefredakteur des Blattes, Heinz Weber, und der Direktor des Unternehmens, Dr. Horst Kriete, ein Danziger Staatsbürger, die beschlagnahmten Artikel gesammelt und in einer Monatsausgabe auf besonderem grünen Papier hergestellt und nicht nur in Deutsch-Oberschlesien verbreiten lassen, sondern sie auch an »interessierte Kreise«, vornehmlich Auslandsjournalisten, verschickt. Dazu wurden Kommentare geliefert, die in schärfster Weise den polnischen Staat angegriffen haben. Seit Jahren führt die polnische Regierungspresse gegen die »Kattowitzer Zeitung« als eine Expositur Hitlers in Polen einen entschiedenen Kampf, der aber immer daran scheiterte, daß das Blatt im deutschen Botschafter von Moltke in Warschau an maßgebenden Stellen einen guten Fürsprecher hat.

Es ist für Kenner der reichsdeutschen Einflüsse in der Wojewodschaft Schlesien kein Geheimnis, daß diese Politik gegen Polen von Berliner Stellen geleitet wird und daß einige Redakteure der reichsdeutschen Ableger in Polen sich je-

wells ihre Instruktionen über den einschlagenden Kurs an amtlichen Berliner Stellen holen. Erst kürzlich konnte eine der »jüngeren Kräfte« aus der Redaktion der »Kattowitzer Zeitung« mit einem Schreiben vom Berliner Propagandaministerium seinen Freunden am Biertisch aufwarten, wo nichts mehr und nichts weniger als verschärftes Vorgehen gegen die polnische Minderheitspolitik in der Presse gefordert wurde. Und das zu einer Zeit, wo sogenannte »loyale Führer« des Deutschtums an amtlichen Stellen in Warschau und Kattowitz bemüht waren, Konzessionen hinsichtlich einiger Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit zu erlangen. Als Antwort platzte die Bombe, daß in der Druckerlei der »Kattowitzer Zeitung« illegales Material gegen Polen hergestellt wird.

Die schlesische Regierungspresse, »Polska Zachodnia«, fordert von den Behörden die Schließung dieses Naziunternehmens und verweist darauf, daß diese illegale Ausgabe der »Kattowitzer Zeitung« bereits seit zwei Jahren im Dritten Reich an maßgebenden Stellen vertrieben werde und daß man in diesem Vorhaben nichts anderes sehen kann als eine Fortsetzung jener Arbeit, die seinerzeit im Geheimbundprozeß gegen die »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung« vor Gericht gestellt wurde und zur Verurteilung von 87 Angehörigen dieses Geheimbundes wegen Putschbestrebungen zu 368 Jahren Gefängnis führte. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen die polnischen Behörden aus dem letzten Fall »hochverräterischer Bestrebungen« Hitlers »loyaler Volksgenossen« ziehen werden. Auf alle Fälle tritt mit aller Deutlichkeit wieder in Erscheinung, daß zu gleicher Zeit, wo man in Berlin und Warschau bemüht ist, sich gegenseitig die »Freundschaft« zu dokumentieren, die nationalsozialistischen Bestrebungen auf Zersetzung des Deutschtums und Aufwiegelung gegen den polnischen Staat, keinen Augenblick aufgehört haben.

Es mag daher von Interesse sein, daran zu erinnern, daß vor Jahren bereits in einer Tagung der »Volksdeutschen Gruppen Europas« in Danzig eine Taktik den deutschen Führern im Ausland

empfohlen wurde, daß eine Gruppe stets die Loyalität dem Wohnstaat gegenüber verschaffen soll, während die andere Gruppe die Zersetzungsarbeit gegen das eigene Gastland fortzusetzen habe. Damals war es der rumänische Deutschtumsführer Roth, dem diese Taktik, als vom Führer und Reichskanzler Hitler selbst bestimmt, in einer Konferenz in Berlin angeordnet worden sei. Bezeichnend für diesen Vorgang war, daß es auf dieser Konferenz der »Volksdeutschen Gruppen in Europa« zu einem Konflikt zwischen dem damaligen Senatspräsidenten Dr. Rauschnig und dem Führer des polnischen Deutschtums, Oberleutnant Graebe, kam, weil Dr. Rauschnig sich gegen diese Art Minderheitenpolitik ausgesprochen hat.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die deutsch-polnische Freundschaft von der überwiegenden Mehrheit des polnischen Volkes abgelehnt wird. Man verweist boshaft darauf, daß man nach Paris um Anleihen für den polnischen Staat geht und dafür die Berliner Naziführer zu Jagden nach Polen einladet. Daß diese Freundschaft zwischen Berlin und Warschau längst brüchig ist, wurde auch im »Neuen Vorwärts« wiederholt nachgewiesen, daß man in Warschau allmählich versucht, von diesen Bindungen loszukommen, mag wieder durch die Aufkündigung des deutsch-polnischen Filmabkommens bestätigt werden, welches dieser Tage erfolgt ist. Die Polen beklagen sich, daß man deutscherseits das Verhältnis, einen polnischen gegen fünf deutsche Filme, eingegangen sei, und dieser eine polnische Film ist dann meist nicht einmal gespielt worden. Die Naziableger des Berliner Propagandaministeriums sehen denn auch in der Aufkündigung des Filmabkommens einen weiteren Schritt, der die deutsch-polnischen Beziehungen weiter trüben muß, nur die Tatsache der Verhaftungen in der Direktion und Redaktion der »Kattowitzer Zeitung« hat man bewußt vergessen, der eigenen Leserschaft zu berichten, und auch der deutsche Rundfunk hat bis auf den heutigen Tag zu diesem Hochverratsfall von Hitlers »loyalen Volksgenossen« in Polen die Sprache verloren.

Wir setzen unsern Weg durch das Lager fort. Nach einer Weile kam der SS-Mann angelaufen: »Ich kann keinen Hoff in den Listen entdecken. Aber ich habe einen Gefangenen gefunden, der Off heißt. Das wird er wohl sein.«

»Geben Sie her! Aha! Ich hab' mir's ja gedacht: Fanatischer Bolschewik!«

Der Kommandant reichte mir die Dokumente und ich erkundigte mich, ob der Gefangene nun etwa irgendwelche Unannehmlichkeiten zu erwarten habe.

»Das glaube ich, Er hat gelogen. Er hat einen falschen Namen angegeben.«

»Aber kann denn das nicht auf einem unglückseligen Zufall beruhen? Ein heftiger Atemstoß vor einem Vokal ist nichts Ungewöhnliches, wenn man aufgeregt ist.«

»Zwanzig Tage Dunkelzelle!« entschied der Kommandant...

Das erneuerte Leihhaus
Im »Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienst«, Berlin, wird eine Lanze für die Leihhäuser gebrochen, die heute in Deutschland einen erstaunlichen Aufschwung nehmen. Nur der anrüchliche Name müsse geändert werden, dann sei alles gut:

»Es gibt Worte und Begriffe, bei denen die Vorstellungen, die sich mit ihnen verbinden, durch das Geschehen der letzten vier Jahre sich in so starkem Maße gewandelt haben, daß unter dem alten Wort heute etwas völlig Neues verstanden wird. In einem solchen Falle sollte man den alten Begriff verschwinden lassen, denn die Gefahr, daß durch das Wort auch böse Erinnerungen — wenn auch ohne Grund heute immer wieder wachgerufen werden, ist sehr groß. So geht es mit dem Wort Leihhaus und dem ganzen Betriebe, der dazu gehört.«

Wenn die bösen Erinnerungen nicht wären — die Stammgäste der deutschen Leihhäuser wären glücklich wie die Kinderchen, wenn das liebe Weihnachtsfest naht. Sie versetzen ihre paar Habseligkeiten ja nicht aus Not, sondern aus purem Uebermut! Darum: einen neuen Namen her! Zu den Versatzamt-Kunden gehören heute in erster Linie die voll beschäftigten, aber elend entlohnten Beitragszahler der Arbeitsfront. Wie wäre es mit Ley-Haus?

»Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

»Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

»Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

»Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

»Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

»Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

»Holen Sie seine Papiere«, befahl er.

Der jüngste Vasall

Portugal flüchtet sich von Chamberlain zu Hitler.

Die größte Zeitung in dem von Franco besetzten Teil Spaniens, das ehemalige Madrider bourgeois-monarchistische »ABC«, das sein Domizil jetzt nach dem von den Mauren, SS-Männern und Schwarzhemden okkupierten Sevilla verlegt hat, kommentiert (in Nummer 10. 715) die letzten Vorgänge im Völkerbund, in denen sich von allen beteiligten Mitgliedstaaten allein Albanien — also Mussolinis unmittelbare europäische Kolonie — und Portugal der Annahme der sogenannten »Spanienresolution« widersetzen. Das Blatt erinnert an die englische Allianz mit Portugal, die alle großen englischen Politiker als »eine der notwendigen Fundamente der britischen Größe« (»una de las bases necesarias de la grandeza britanica«) betrachtet hätten; es sagt, daß die Haltung des heutigen England im Nicht-Interventionskomitee die nationalen Interessen Portugals preisgegeben habe und daß diese »von Tag zu Tag mehr mit den deutschen und italienischen Thesen zusammenfielen«. Zur Illustration dieses Einbruchs in die bisherige Machtverteilung in Europa führt das Blatt folgende Tatsachen an:

»Es sind erst wenige Wochen her, daß Portugal seine diplomatischen Beziehungen zur Tschechoslowakei abbrechen mußte und die Vertretung der portugiesischen Interessen wurden damals nicht dem englischen Gesandten in Prag, sondern dem deutschen Gesandten übertragen. In diesen selben Tagen haben wir in der auswärtigen Presse Photo-Aufnahmen des prächtigen Palastes gesehen, den Portugal in Berlin erwerben will, um dort mit allem Prunk seine Gesandtschaft einzurichten — unzweideutiges Charakteristikum des Reliefs, das Portugal seinen Beziehungen zum Reich geben will.«

Man braucht — schon um der Bedeutung Portugals im Gesamtrahmen der europäischen Kräfteverteilung willen — diesem Einbruch in den englischen Küchenschrank keine tragischere Wirkung für kommende Weltentscheidungen beizulegen, als er wirklich hat. Aber auch die Weltpolitik setzt sich eben aus Einzelheiten zusammen. Und in diesem Sinne sei das Techtelmechtel des kleinen Tyrannen mit dem großen und gefährlichen hier registriert!

Ziemlich nahe bevorstehender Ernstfall

Rekordeinfuhr von Eisenerz. Und wozu?

Bei der großen Maikundgebung im Lustgarten hatte der Führer verkündet:

»Unser Volk lebt in einem viel zu engen und begrenzten Raum. Aus dieser Lage haben wir die Konsequenzen gezogen. Wir Deutschen haben wenig Rohstoffe. Es ist daher unsere Aufgabe, uns diese Rohstoffe zu sichern. Diesem Zwecke dient der Vierjahresplan.«

Mitte August proklamierte General Göring, der Führer des Vierjahresplanes, Deutschlands Eisenfreiheit und setzte die Welt von der Gründung des für diesen Zweck bestimmten Reichsunternehmens unter seinem Namen in Kenntnis. Wie bei allen anderen kriegsvorbereitenden Maßnahmen wird auch bei dieser versucht, dem deutschen Volk aufzureden, sie sei ihm vom Ausland aufgezwungen. Weil das Ausland zu wenig Eisenerz liefere, müsse man das Eisen aus dem heimischen Boden wachsen lassen. Man müßte also annehmen, daß gerade zur Zeit der Gründung der Gesellschaft Hermann Göring die Lieferung ausländischen Eisenerzes auf ein nicht mehr erträgliches Minimum gesunken sei. Tatsächlich ist aber das gerade Gegenteil der Fall. Gerade die Eisenerzeinfuhr vom August 1937 stellt einen Rekord in der Geschichte der deutschen Eisenwirtschaft dar. Ist aber die Begründung für die Eisenaufzucht erlösen, so ist klar, daß sie ihren wahren Zweck verhehlen soll.

Die deutsche Einfuhr von Eisenerz betrug in tausend Tonnen im August:

1932	1933	1934	1935	1936	1937
302	410	962	1102	1403	1915

Aber ist hier nicht vielleicht die Ziffer vom August nur zufällig besonders hoch? Nehmen wir also den Monatsdurchschnitt der Eisenerzeinfuhr. Er betrug in tausend Tonnen:

1932	1933	1934	1935	1936	1937
208	381	689	1171	1289	1650

Das ist also eine Zunahme seit der Zeit der Republik auf mehr als das Achtfache, seit dem ersten Hitlerjahr auf fast das Fünffache und seit dem zweiten Hitlerjahr auf das Zweieinhalbfache. Aber die Einfuhr vom August und im Monatsdurchschnitt 1937 übersteigt auch bei weitem die Einfuhrziffer des bisherigen Eisenrekordjahres 1929. Damals waren 16,9 Millionen Tonnen eingeführt worden, also im Monatsdurchschnitt 1.413.000 Tonnen. Im Jahre 1937 ist zum ersten Male die Einfuhr von 1929 überschritten und der damalige Rekord um 18 Prozent geschlagen worden.

Rohstoff zur Stahlerzeugung ist, außer Eisenerz, Schrott. Auch die Schrotteinfuhr war in diesem Jahre besonders hoch. Sie war gestiegen in tausend Tonnen im August von 18,9, 1935 auf 22,5, 1936 auf 34,4 1937, im Monatsdurchschnitt von 15,6 auf 21,7 und 22,3.

Zugleich war auch die Eigenförderung von Eisenerz mit Staatsmitteln gesteigert worden. Sie hatte betragen im Monatsdurchschnitt in tausend Tonnen:

1932	1933	1934	1935	1936	1937
112	216	390	490	555	670

Die Eigenproduktion von Eisenerz ist also seit Ausbruch des Dritten Reiches auf das Sechsfache gestiegen, aber es ist bemerkenswert, daß die Proportion dieser Steigerung weit hinter der der Einfuhr zurückbleibt. Das Verhältnis der Eisenerzeinfuhr zur eigenen Eisenerzförderung hat sich somit im Vergleich zum letzten Jahre vor Hitler nur sehr wenig verändert. Denn damals hatte die Eisenerzförderung etwas mehr, 1937 etwas weniger als die Hälfte der Einfuhr betragen. Die Auslandsabhängigkeit im Eisenerz war also trotz Devisenmangels nicht oder kaum vermindert worden, sie kann also wohl auch nicht der Hauptzweck der Uebung sein.

Die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen der Eisen- und Stahlerzeugung war also zu der Zeit, als die deutsche Eisenfreiheit verkündet wurde, nicht ärmlischer, sondern ungeheuer viel reichlicher als je zuvor. Ja, es scheint sogar, daß sie weit stärker gestiegen ist als der Eisenverbrauch. Die Aufrüstung hat den Eisenverbrauch gewiß ungeheuer erhöht, aber längst nicht in dem Maße, wie die Menge des importierten und des selbsterzeugten Eisenerzes zugenommen hat. Es betrug im Monatsdurchschnitt in tausend Tonnen die Produktion von

Roh Eisen:

1932	1933	1934	1935	1936	1937
328	430	728	1045	1275	1303

Rohstahl:

1932	1933	1934	1935	1936	1937
480	232	990	1341	1598	1605

Seit 1932 sind Einfuhr und Eigenförderung

von Eisenerz zusammen von 320.000 Tonnen auf 2.320.000 Tonnen gestiegen, also auf das Achtfache, zur gleichen Zeit zwar auch die Eisen- und Stahlproduktion, aber doch eben auf nicht mehr als das Dreieinhalbfache. Im letzten Jahr hat die Einfuhr um 30 Prozent, die Eigenförderung um 20 Prozent zugenommen. Zur gleichen Zeit kann aber der Erzverbrauch kaum nennenswert gestiegen sein, weil die Produktion von Eisen und Stahl nur um wenige Prozente zugenommen hatte. Das ist bestimmt nicht darauf zurückzuführen,

Wer darf trotz Eisenmangel bauen?

Im Zeichen des Eisenmangels wird, obwohl ein starker Wohnungsmangel besteht, der Wohnungsbau eingeschränkt. Dieser Eisenmangel rückt aber in ein eigentümliches Licht, wenn man auf Grund der amtlichen Ziffern feststellt, daß in der Zeit, in der auf allen anderen Gebieten der Verbrauch von Eisen und die Ansammlung von Eisenvorräten aufs äußerste beschränkt werden, die der Pracht- und Machtentfaltung des Regimes dienenden Bauten ein größeres Ausmaß annehmen als je zuvor. »Der deutsche Volkswirt« vom 20. August 1937 enthält eine zahlenmäßige Angabe der prozentualen Verteilung der Bauaufträge unter die verschiedenen Kategorien von Bauherren. Aus ihr ist zu ersehen, daß z. B. der Anteil der industriellen Bautätigkeit an der Gesamtheit der Bauaufträge, trotz Forcierung der Ersatzstoffanlagen, von 35 Prozent im Januar auf 17,7 Prozent im März dieses Jahres, also auf die Hälfte zurückgegangen, zur gleichen Zeit aber allein der Anteil der Bautätigkeit der NSDAP von 0,1 auf 11,2 Prozent, also auf mehr als das Hundertfache gestiegen ist. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß unter den »mannigfachen Bauaufgaben, die von den Gliederungen der Bewegung ausgingen, der Ausbau des Reichsparteitagsgeländes hervorrangt.

An den Bauaufträgen waren im März dieses Jahres die öffentlichen Bauten mit 79,7, die privaten mit 20,3 Prozent beteiligt. Aber allein auf die Reichsautobahnen, die »einmaligen Investitionen der öffentlichen Hand«, worunter den amtlichen Prachtbauten und den Kasernen der wesentlichste Anteil zukommen dürfte, und die Bautätigkeit der NSDAP entfallen 61,2 Prozent, also zwei Drittel, aber nicht etwa der öffentlichen Bautätigkeit, sondern der gesamten Bauaufträge, öffentlichen und privaten zusammengenommen. Allein der Anteil der Reichsautobahn mit 20,7 Prozent, ganz abgesehen von den einmaligen Investitionen der öffentlichen Hand mit 29,3 Prozent, ist größer als der gesamten Privatbauten, der sich mit 20,3 Prozent auf nur ein Fünftel aller Bauaufträge beläuft. Die private Bautätigkeit wie die Erleichterung von Nutzbauten im allgemeinen wird weniger durch Eisenmangel zurück-

gedrängt als durch das Bedürfnis des Regimes, den Krieg vorzubereiten und durch Prachtentfaltung die allgemeine Unzufriedenheit zu übertönen.

Eßt deutsche Ochsenfrösche!

Im Scherl-Verlag, Berlin, ist soeben ein Kochbuch erschienen: »Kochbuch mit dem, was da ist.« Wenig Fleisch und Fett, ein großer Teil der neuartigen Rezepte »etwas befremdlich«, wie sich die »Deutsche Allgemeine Zeitung« vom 24. Oktober vorsichtig ausdrückt.

Es wäre natürlich nicht auszudenken, wenn jemand auf den Gedanken käme, mit dem zu kochen, was nicht da ist. Was aber ist da? Der »Westen«, Berlin, trompetet es — gleichfalls am 24. Oktober — glückstrahlend ins Weite:

»Die erste Sendung Renttierfleisch ist aus Lappland in der Berliner Zentralmarkthalle eingetroffen...

Die Erschließung neuer Fleischquellen hat überall eine große Zukunft. Vor einigen Wochen wurde anlässlich der Heimkehr der deutschen Walfangflotte von der ersten Ausfahrt für Walfleisch geworben. Jetzt kommt das Ren. Und wie man aus USA. hört, ließe die dort sich sprunghaft entwickelnde Züchtung von Ochsenfröschen (deren Schenkel groß und wohlschmeckend wie Hühnerbeine, aber billiger sind) sich in unseren Breiten ebenfalls betreiben.«

Vor kurzem, als gerade die Sauerkohl-Propaganda auf der Höhe war, haben die deutschen Ernährungswissenschaftler, nicht ohne sich auf die Pflanzen- und Tierwelt zu berufen, klipp und klar nachgewiesen, daß jedes Lebewesen sich am zweckmäßigsten von dem Gewächs und Gewürm nährt, das in seiner nächsten Umgebung gedeiht. Jetzt sind Rentiere, Wale und Ochsenfrösche offenbar zu Blut- und Bodenvieh ernannt worden. Die Deutsche Ernährungswissenschaft wird immer voraussetzungsloser.

Selbst Rehe hungern

Durch die deutsche Presse geht ein Artikel des von Ungarn-Sternberg »Weidwerk und Hege im Gilbhard«. Darin heißt es:

»Der Gilbhard ist überreich an Jagdfreuden und mehr noch an jagdlichen Pflichten der verschiedensten Art...

Die Winterfütterung wird sich jedoch in diesem und in den nächsten Jahren nicht so einfach wie bisher bewerkstel-

lungen lassen. Wir stehen im Zeichen des Vierjahresplanes, der unsere gesamte, also auch jagdliche Wirtschaft bestimmt. Aus der Notwendigkeit heraus, alles zur menschlichen Ernährung nur irgendwie brauchbare Korn dem Volke zur Verfügung zu stellen, darf daher den Fasanen und Rebhühnern hinfort nur noch Druschabfall, also Unkrautsamen, geschüttelt werden. Auch mit den Kartoffeln, die bei der Versorgung unserer Hirscharten und Sauen bislang eine große Stelle spielten, steht es ähnlich. An ihre Stelle wird in erhöhtem Maße die Futterrübe und, da diese von der Viehhaltung benötigt ist, mehr noch verschiedene Wurzelwerk treten müssen.

Selbstverständlich steht die Roßkastanie zur Verfügung. Da sie neuerdings aber auch schon zur Gewinnung von Seifenöl verwertet wird, dürfte ihre Schüttung in Zukunft jedoch ebenfalls nicht mehr so reichlich wie bisher möglich sein.

Erst wurde der deutsche Wildbestand mit Gewalt vermehrt — Reichsjägermeister Göring konnte nicht genug gute Devisen für fremdes Edelwild ausgeben — und jetzt haben die Tiere nichts zu fressen. Der Kinderreichtum wird gleichfalls gewaltsam erzwungen — und schon heute langt das Futter nicht, schon heute ist man beim Wurzelwerk angelangt. Noch ein Welchen so fort, und die Ueberzähligen müssen abgeschossen werden. Teils im Walde, teils auf dem Feld der Ehre.

Vatikan — bolschewistisch

»Wer heute im Namen einer angeblich kirchlichen Frömmigkeit gegen den rassistischen Gedanken Sturm läuft, der tritt im gleichen Augenblick in eine Front mit Stalin und seinen 100.000 Tscheka-Leuten.«

(Grundsätzliche Darlegung des Leiters im Rassenpolitischen Amt der NSDAP, Dr. Groß, zitiert vom Deutschen Nachrichtenbüro, 22. Oktober.)

Die Ahnenkur

Im »Westen«, Berlin, Nr. 292 lesen wir: »Einen hübschen Mahnruf läßt das Schaufenster einer Apotheke hören, wenn es heißt: »Haben Sie einen Husten und einen Fünfziger, so kommen Sie zu mir und probieren Sie es einmal mit der »Ahnenkur!«

Mancher hochgestellte braune Herr behielte gern seine Heiserkeit und bezahlte freiwillig das Tausendfache, wenn er von seinen Ahnen kuriert werden könnte.

Bürkel als Grubenbesitzer

Eines der dunkelsten und schmutzigsten Kapitel der nationalsozialistischen Regierungsgeschichte bildet die persönliche Bereicherung der vielen großen und größten Funktionäre der Hitlerbewegung nach der Inbesitznahme der Staatsmacht. Diese Korruptionswirtschaft bildet einen Wesensbestandteil des faschistischen Regimes. Sie nimmt daher kein Ende, sondern kommt in den verschiedensten Variationen immer wieder vor. Im Augenblick herrscht in dieser Beziehung wieder eine Art Hochkonjunktur. Das riesige Schenkobjekt bildet zur Zeit der Bergbau, weshalb wir diesem Kapitel einige Worte widmen wollen.

Um die miserablen Erze in der Gegend von Peine abzubauen, ist die Gesellschaft »Hermann Göring« gegründet worden. Doch damit nicht genug. In allen Gegenden des Reiches, wo selbst noch so geringe Erzvorkommen im Boden lagern, schließen die Bergwerksgesellschaften wie Pilze aus der Erde. Die letzten beiden Gründungen dieser Art sind die »Saarpfälzische Erzbaugesellschaft in Neustadt und die »Metallerzbergbau-Westmark G. m. b. H.« in Traben-Trarbach.

Das Grundkapital der Saarpfälzischen Erzbergbau-A.-G. beträgt 500.000 Mark. Hauptaktionär ist der Gauleiter der Nazipartei für das Saar-

gebiet, Joseph Bürkel. Er hat, bevor die Gesellschaft gegründet wurde, für mehrere Felder das Pachtrecht zum Abbau erworben und dieses Pachtrecht dann in die neugegründete Gesellschaft eingebracht. Es erhebt sich hier die Frage: Wo hat der Gauleiter Bürkel die Hunderttausende von Mark her, die ihn der Mehrheitsbesitz an dieser Gesellschaft gekostet hat? Vor einigen Jahren noch war Bürkel ein armer Teufel, heute ist er schon Millionär.

Aber noch etwas anderes ist in diesem Zusammenhange wichtig. Bürkel vermeidet alles, was im Volke seinen Reichtum bekannt machen könnte. Er weiß, daß die Millionenbezüge der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeiterschaft nicht unbekannt sind und besonders dann, wenn Lohnabbauaktionen durchgeführt werden, darüber gerade nicht in freundlichen Tönen gesprochen wird. Er war Aufsichtsratsmitglied der großen staatlichen Bergwerksgesellschaft, der die meisten Saargruben gehören. Am 1. September bekamen die Bergarbeiter dieser Gruben einen neuen Lohnarif diktiert, der ihnen die so schon geringen Löhne weiter herunterdrückte. Bürkel wußte von dieser Aktion des Lohnraubes im voraus. Und um nicht persönlich mitbelastet zu werden, schied er vorher schnell als Aufsichtsrat aus dieser Gesellschaft aus.

Das gleiche Benehmen legt dieser gerissene Demagoge jetzt bei der Gründung der ihm doch gehörenden Saarpfälzischen Erzbergbau-A.-G. an den Tag. Er hat sich weder in den Aufsichtsrat noch in den Vorstand des Unternehmens wählen lassen. Dafür hat er eine Methode gewählt, die gerade die Nazis in einem fort als unmoralisch hinstellen. Er hat nämlich Strohmannen vorgeschickt.

Somit ergibt sich folgendes Bild: Der Gauleiter der Nazipartei, Joseph Bürkel, wird Bergwerksbesitzer, weil er weiß, der Staat wird ihm die von seiner Gesellschaft zu gewinnenden Erze zu jedem Preis abkaufen. Er wird Millionengewinne einheimsen. Um die auf seinem Bergwerk beschäftigten Arbeiter bei schlechter Entlohnung und schlechter Behandlung nicht gegen sich als Person und als Funktionär des nationalsozialistischen Staates aufzubringen, verkriecht sich der »mutige« alte Kämpfer hinter einige Strohmannen. Der Kapitalist Bürkel weiß, weshalb er das tut. Verschiebert er seine Eigenschaft als kapitalistischer Ausbeuter nicht, dann wird die Kluft zwischen seinen Taten und seinem dauernden Geschwätz über deutschen Sozialismus und Volksgemeinschaft immer mehr zum offenen Hohn. Aber auch seine bauernschlaue Verschleierungstaktik wird das nicht verhindern.

Der Kampf um das Asylrecht

Die Entscheidung in Genf vertagt

Die letzte Völkerbundsversammlung hat sich eingehend mit der Lage sowohl der deutschen Flüchtlinge wie jener, die dem Nansenamt unterstellt sind, befaßt. Zwei Berichte lagen der Völkerbundsversammlung vor, der eine von dem Hohen Kommissar für deutsche Flüchtlinge, Sir Neill Malcolm, der andere von Michael Hanson, dem Präsidenten des Nansenamtes.

Was sagen die Berichte?

Michael Hanson, der vom Völkerbund 1936 zur »konstruktiven Liquidation« des Nansenamtes bestellt worden ist, gibt die Zahl seiner Schützlinge nach sorgfamer Schätzung auf rund 600.000 Menschen an. Es sind dies Russen, Armenier, Saardeutsche, Assyrer, Chaldäer und eine geringe Anzahl von Türken. Nicht inbegriffen in der Zahl von 600.000 sind die Flüchtlinge, die der materiellen Unterstützung des Amtes nicht bedürfen, weil sie provisorisch oder endgültig Arbeit gefunden haben. »Es verbleibt aber auch so,« teilt Hanson mit, »eine erschreckend große Zahl von Flüchtlingen übrig, die einer wirksamen Unterstützung bedürftig sind und sie auch nach 1938 nötig haben werden, wenn man nicht will, daß sie Hungers sterben oder zu Verzweiflungstaten getrieben werden, und die deshalb eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen.« Der Bericht schildert, daß das Nansenamt 1936/37 sich allein mit 130.000 Fällen befaßt hat. Eine fluktuierende Masse, ständig von der Ausweisung bedroht, abhängig von den kleinsten Schwankungen des Arbeitsmarktes. Das Nansenamt hat den Flüchtlingen kleine rückzahlbare Vorschüsse gewährt. Zwischen 1932 und 1936 hat es 850.000 schw. Franken ausgeliehen, wovon in der gleichen Zeit 272.000 schw. Franken an das Amt zurückgezahlt wurden. Das Amt verfügt über akkreditierte Delegierte in 18 Ländern, die eine »quasi konsularische Stellung« inne haben und denen deshalb gewisse Regierungen wie eigentlichen Konsulen das Exequatur erteilt haben. Hanson sagt in seinem Bericht an den Völkerbundrat, daß diese Vertretungen für den Flüchtling von »vitaler Bedeutung« seien. »Sie sind die Behörde, an die sich die Flüchtlinge in allen Umständen ihres Lebens wenden. Sie unterrichten das Amt über die Lage der Flüchtlinge, über ihre Bedürfnisse; sie intervenieren zu ihren Gunsten bei den Behörden des Landes, sie unterstützen sie im Suchen nach Arbeit, sie helfen ihnen mit rückzahlbaren Vorschüssen oder kleinen Subventionen, sie bemühen sich, die Tätigkeit der verschiedenen Flüchtlingsorganisationen zu koordinieren.«

Der Bericht des Hochkommissars für die deutschen Flüchtlinge vermag über seine soziale Tätigkeit überhaupt nichts auszusagen. Er stellt fest, daß sich im letzten Jahr die Zahl der deutschen Flüchtlinge um schätzungsweise 16.000 erhöht hat, und daß etwa 35.000 Flüchtlinge sich in den Nachbarländern Deutschlands befinden, wovon 20.000 in einer prekären Situation sind. Mögen diese Zahlen stimmen oder mögen sie, wie es uns scheint, niedrig sein, so müssen jene Flüchtlinge, die in Ueberseestaaten oder in Palästina ein provisorisches Unterkommen gefunden haben, aber deren Situation keinesfalls als gesichert angesehen werden darf, ebenfalls berücksichtigt werden.

Beide Berichte kommen zu dem Ergebnis, daß die Tätigkeit der höchsten internationalen Schutzorganisationen der Flüchtlinge, auf der einen Seite die des Nansenamtes, auf der anderen Seite des Hochkommissars für deutsche Flüchtlinge über den vom Völkerbund gestellten Termin bis zum 31. Dezember 1938 hinausgehen müssen.

Keine Einstimmigkeit!

In der sechsten Kommission des Völkerbundes kam es im Anschluß an diese Berichte zu einer Debatte über die Frage der Verlängerung des Status des Nansenamtes und des Status für die deutschen Flüchtlinge. Die Sowjetunion lehnte

nicht nur den neuen Kredit von 104.000 schw. Franken ab, sondern ihr Vertreter Stein stimmte ausdrücklich gegen die Bewilligung, während die Resolution, die sich auf die deutschen Flüchtlinge bezog, angenommen wurde. Die Stellungnahme der Sowjetunion zu der Tätigkeit des Nansenamtes ist eine rein politisch bedingte. Obwohl das Nansenamt auch für Antifaschisten, so russische Menschewiken, deutsche Saarflüchtlinge, Armenier, Assyrer, Chaldäer usw. tätig ist, und zwar, wie es den Absichten des Gründers des Nansenamtes entspricht vollkommen unparteilich und nur nach sozialen Gesichtspunkten, wünschte der Vertreter der Sowjetunion die Liquidation des Nansenamtes, da das Nansenamt auch Gegner der Sowjetunion unterstützt. »Für uns wäre es unmenschlich, die russischen Flüchtlinge preiszugeben. Mein Land weiß, was Flüchtlinge sind und allein für die spanischen Flüchtlinge gibt es täglich eine Million aus. Mein Land kann nicht sagen, ich werde Unterscheidungen unter den Flüchtlingen machen,« so erklärte der Vertreter Frankreichs, Grumbach, in der sechsten Kommission.

In der Völkerbundsversammlung wurde die Verlängerung des gegenwärtigen Status der Flüchtlinge bei 22 Stimmenthaltungen und 25 Ja-Stimmen beschlossen. Der nächsten Völkerbundsversammlung sollen endgültige Vorschläge für die Versorgung der Flüchtlinge gemacht werden. Wie so oft ist man der grundsätzlichen Entscheidung in Genf mit einem Kompromiß — dieses Mal durch die Haltung Rußlands bedingt — das den gegenwärtigen Status zwar verlängert, aber keine endgültige Lösung bringt, ausgewichen.

Unteilbares Asylrecht.

Die Stellungnahme der Russen führt zu der prinzipiellen Frage, die bereits durch die Diskussion über den Fall des parteilosen Kommunisten Pfempfert und der Veröffentlichung in der Zeitschrift »Die Internationale« (Sondernummer), Seite 22, ausgelöst worden ist. Die antifaschistische Emigration ist sich leider nicht darüber einig, daß trotz der ideologischen Gegensätze innerhalb derselben das Asylrecht unteilbar auf alle Strömungen der deutschen Emigration, mögen sie der einen Seite gefallen oder nicht gefallen, angewendet werden muß. Wenn von den Kommunisten der Versuch gemacht wird, der in der übergroßen Mehrzahl der Fälle mißlungen ist, die Trotzlisten oder was oft mißbräuchlich so genannt wird, zum Beispiel in Bausch und Bogen als Gestapo-Agenten zu bezeichnen und so zu argumentieren, wie es Philipp Dengel in der Internationale (Sondernummer) getan hat, nämlich:

»Wenn die Trotzlisten sich als vom Faschismus Verfolgte hinstellen und Asylrecht in Anspruch nehmen wollen, so zeigt die Zusammenarbeit der... (X.Y.) mit notorischen Gestapo-Agenten, daß die Trotzlisten in Wahrheit Helfer gegen die illegale Bewegung im Lande und Zersetzer der antifaschistischen Emigration sind. Es darf daher für die trotzkistischen Schufte kein Asylrecht in den demokratischen Ländern gebene, so ist diese Art der Argumentation angesichts der labilen Lage der deutschen Emigranten schlechthin eine Todsünde gegen den heiligen Geist« des Asylrechtsgedankens. Es wäre durchaus möglich, einen großen Teil der in der »Internationale« und der in der »Rundschau«, Nr. 41, Seite 1477, aufgezählten Beschuldigungen auf das Maß der Wirklichkeit zurückzuführen und in manchen Fällen würde eine solche Polemik mehr die linientreuen Kommunisten und nicht die besudelten »Trotzkisten« belasten.

Es genügt uns aber, hier festzustellen, daß wir im Sinne der norwegischen Anträge, die dem Völkerbund sowohl 1935 als auch 1937 vorgelegen haben, auf dem Boden des unteilbaren Asylrechtes stehend selbstverständlich die Frage der Würdigkeit stel-

len, aber sie nicht aus ideologischer Gegnerschaft beantwortet wissen wollen.

Würde man nach russischem Muster in der sechsten Kommission vorgehen oder die kommunistische Auffassung gutheißen, so bedeutet das das partielle Asylrecht je nach den verschiedenen politischen Gesichtspunkten und die Jagd der verfeimten Flüchtlinge über den Erdball, die Unlösbarkeit eines Problems, dessen Lösung wir in Gänze betreiben müssen, wenn wir wirklich die Interessen unserer, uns am nächsten stehenden Flüchtlinge wahrnehmen wollen.

Rußland muß helfen.

Bei dieser sozialen Liquidation des Flüchtlingselends, welches vielleicht am besten dadurch sichtbar wird, wenn wir den Unterstützungssatz eines deutschen Flüchtlings in Brünn mit Kč 2,60, in Prag mit Kč 3,70, aber höchstens 5 Kč nennen, könnte Rußland den kommunistischen Flüchtlingen weit mehr helfen, als es dies bis dahin getan hat.

In dem Organ »Einheit«, welches vom westeuropäischen Sekretariat der »Roten Hilfe« herausgegeben wird, schreibt Fr. Popper, Prag:

»Sehen wir nach einigen anderen demokratischen Staaten, wo ebenfalls eine Anzahl deutscher Emigranten leben, wie diese die Asylfrage lösen. Die Sowjetunion gab z. B. den Emigranten das Recht auf Arbeit und geht mit ihnen wie mit den eigenen Bürgern um. (?) In der Sowjetunion gibt es keinen arbeitslosen Emigranten, so wie es dort überhaupt keine Arbeitslosigkeit gibt. Des vollen Asylrechtes erfreuen sich die politischen Flüchtlinge auch jetzt, nachdem eine Reihe von Gestapoagenten und Emigranten-Trotzkisten entlarvt wurden.«

Der kommunistische Schreiber scheint zu übersehen, daß Rußland nach Art. 129 der neuen Verfassung den Werkstätigen, die wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt werden, Asylrecht zu geben, verspricht. Rußland hat von der deutschen Emigration, deren Höchstzahl 131.000 beträgt, nach eigener unüberprüfbarer Angabe 7000 Emigranten aufgenommen. Legen wir diese Zahl zugrunde, so sehen wir, daß Rußland, das Land ohne Arbeitslosigkeit, auf 23.000 Einwohner einen deutschen Flüchtling aufgenommen hat, Frankreich, ein Land mit Wirtschaftskrise, jedoch schon auf 3000 Einwohner einen Flüchtling. Nach dem Flächeninhalt berechnet kommt in Rußland auf 3000 Quadratkilometer ein Flüchtling in der Tschechoslowakei schon auf 70 und in Frankreich auf 39 Quadratkilometer je ein Flüchtling. Will man diese rein zahlenmäßige Berechnung nicht gelten lassen, so kommt man doch über die Tatsache nicht hinweg, daß in den letzten 20 Monaten aus der Tschechoslowakei z. B. nicht ein einziger Flüchtling nach Rußland gekommen ist, nicht einmal Kinder, Kranke oder Frauen.

Jede Emigration aber braucht ein soziales Ventil. Nansens Tatkraft war z. B. die Ansiedlung von 1,5 Millionen aus Kleinasien vertriebener Armenier in Griechenland und Bulgarien zu verdanken, und drei Jahre vor seinem Tode gelang ihm die Ansiedlung von 40.000 Armeniern, die in Konzentrationslagern in Aleppo, Alexandrette und Beyruth waren, in Syrien. Es genügt nicht, von den demokratischen Staaten das Asylrecht zu fordern, auch »Rußland« muß es üben, uns scheint sogar stärker als die demokratischen Staaten.

Asylrecht in der Vergangenheit.

Das Recht auf Asyl für den Flüchtling ist das älteste ungeschriebene Gesetz der Menschheit. Man verstand früher unter diesem Asylrecht nicht nur das Recht, sich unter besonderen Bedingungen in einem Lande aufhalten zu dürfen, sondern auch das Recht auf Arbeit und das Recht im Rahmen der geltenden Gesetze des Gastlandes seine Meinung zu sagen. Aus der klassischen Literatur kann man feststellen, daß schon die Kirchen in der Frühzeit die Einrichtung des Asylrechtes kannten. Das Konzil von Sardica gab denen Schutz, die wegen ihrer »Religion oder Verteidigung der Wahrheit« verfolgt wurden. In England wurde 1905 anlässlich der Judenverfolgung-

gen durch das zaristische Rußland das Asylrecht verankert. Lord Hugh Cecil erklärte:

»Als wir das Prinzip der Religionsfreiheit übernahmen, taten wir es im Namen der ganzen Menschheit, und den Unterschied, den einige Leute glaubten ziehen zu müssen — nicht die Regierung — zwischen den eigenen Bürgern und den Fremden, war ein Unterschied, den die englische Geschichte nicht kannte, auch konnte er nicht auf Grund des Christentums oder der Vernunft verteidigt werden.«

Victor Hugo gab nach der Niederlage der Kommune gegenüber der belgischen Regierung seiner Auffassung von der Unteilbarkeit des Asylrechtes in folgenden Worten Ausdruck:

»Wenn ein Besiegter von Paris, wenn ein Mann der Vereinigung, Kommune genannt, welche in Paris wenig ausgewählt ist, und welche ich für meinen Teil niemals billigte, wenn einer dieser Leute, und wäre es mein persönlicher Feind, gerade wenn es mein persönlicher Feind ist, an meine Tür klopft, ich mache auf. Er ist in meinem Haus, er ist unverletzlich. Wenn ein Mensch außerhalb des Gesetzes steht, lasse ich ihn in mein Haus eintreten, ich verbiete jeden, ihn wegzustoben.«

Gegenwart und Zukunft.

In der Gegenwart sind wir leider von diesem Ideal in der Frage des Asylrechtes weit entfernt. Regierungen, die die verschiedensten Ideologien vertreten, zeigen sich nicht gerade asylrechtsfreundlich. Gewiß ist in vielen Ländern für Flüchtlinge manches geschehen. Frankreich hat seine Tradition gewahrt, und manche junge Demokratie suchte diesem Lande nachzueifern. Das Eintreten der verschiedensten Staaten im Völkerbund zugunsten der Flüchtlinge ist nicht immer mit der Praxis des Landes gleichlautend. Die Grenzen der europäischen Länder öffnen sich nur nach langem Kampfe für Flüchtlinge. Die norwegischen Vorschläge zur Lösung des Gesamtproblems haben Hand und Fuß, sie erstreben eine totale Lösung, eine gerechte Verteilung der Lasten und die ständige zentrale Bearbeitung der Frage beim Völkerbund. Das Nansenamt oder ein anderes zentrales Flüchtlingsamt soll die soziale und juristische Frage, einschließlich die der bedauernswerten Staatenlosen, lösen. Die Polemik eines Publizisten in einer Emigrantenzeitung gegen eine solche Lösung ist vollkommen unverständlich. Der Nansenpaß ist keineswegs minderen Wertes als der deutsche Flüchtlingspaß, soweit er eingeführt ist, und die Tatsache, daß das Nansenamt in Berlin eine konsularische Vertretung hat, scheint mir ein an den Haaren herbeigezogenes Argument zu sein.

Das Institut für das Internationale Recht hat auf seiner letzten Madrider Tagung (Mai 1936) für ein zu schaffendes »Oberkommissariat für alle Flüchtlinge« ein Statut ausgearbeitet, daß bis auf seinen Art. 5, Abs. 2 (welcher die Abschiebung von Staatenlosen und Flüchtlingen behandelt) vorbildlich und richtunggebend genannt werden darf. Es zerfällt in drei Teile: Im ersten Teil sind die allgemeinen Bestimmungen und Definitionen angegeben, im zweiten Teil werden die Rechte und Pflichten der oft übersehenen Staatenlosen behandelt, im dritten Teil die der politischen Flüchtlinge. Das Institut für Internationales Recht will die juristische und soziale Sicherstellung des Flüchtlings, formuliert das unteilbare Asylrecht und scheint uns das erstrebenswerte kommende Flüchtlingsstatut zu sein, wenn noch den Flüchtlingen im Rahmen der Gesetze die Freizügigkeit eingeräumt wird.

Der Genfer Beschluß hat die Entscheidung über das Schicksal von nahezu einer Million Menschen vertagt. Wir haben die Aufgabe, die Weltdemokratie in den kommenden entscheidungsvollen Monaten auf ihre Pflichten gegenüber den Flüchtlingen auf der Basis des unteilbaren Asylrechtes hinzuweisen. Das Asylrecht kann nicht fragmentarisch, nicht partiell, nicht kompromißlerisch gehandhabt werden, es bleibt ein ewiges unantastbares Menschheitsgesetz.

Kurt Randioff.

Der Sturm auf die Universität

Der Personalreferent und Reichsdozentenbundsführer will die Hochschulrevolution vollenden — Das Fähnlein der letzten Aufrechten vor dem Ende

Personalreferent im Reichskulturministerium ist jetzt ein Ministerialdirektor Professor Dr. Schulze. Ohne seine Zustimmung erfolgt keine Berufung und Versetzung von Hochschul Lehrern an den deutschen Universitäten mehr, und man braucht kaum zu erwähnen, daß er zugleich SS-Brigadeführer und Reichsdozentenbundsführer ist. Ueber jeden einzelnen Professor besitzt er in seinem Berliner Amtszimmer ein umfangreiches Dossier, das über das politische Vorleben und die nationalsozialistische Zuverlässigkeit des Lehrstuhlinhabers oder des Anwärters genauen Aufschluß gibt. Dieser Professor Schulze arbeitet zugleich aufs engste mit dem NS-Studentenbund und seinen Gliedern zusammen, was in der Praxis bedeutet, daß die Organisation des Spitzel- und Denunziantennetzes an jeder deutschen Hochschule gesichert ist.

Wenn ein solcher Schulze, wie er es eben vor einem Schulungslager von Medizinstudenten auf Burg Vogelsang tat, »wichtige programmatische Ausführungen« macht, so weiß man, daß sie Vorboten einer neuen Aktion zur »Reformierung« der Hochschulen sind. Der Referent war darin nicht zurückhaltend. Die Stunde sei da, so sagte der Redner, wo mit der seit der Machtübernahme keineswegs ganz verschwundenen »Ueberheblichkeit gewisser Professoren mit liberalistischen Gedankengängen« endlich Schluß gemacht werden müsse. Man dürfe nicht vergessen, daß die nationalsozialistische Revolution nicht nur ohne, sondern sogar gegen die Wissenschaft gemacht worden sei. Heute, nach fünf Jahren, müsse man, so rief der Redner unter dem stürmischen Beifall seiner enthusiastischen Hörer aus, endlich offen bekennen, daß bei der Verwirklichung des Rettungswerkes des Führers, eine staatliche Einrichtung, nämlich die deutsche Hochschule und ein Teil ihrer Träger, versagt hätten. Die Stunde sei gekommen, in der man, nach allzulänglichem Zögern, die Universitäten zu rein völkischen Lebensschulen machen müsse.

Was das für einen SS-Brigade- und Reichsdozentenbundsführer bedeutet, bedarf keiner Erläuterung. Es geht um die Stabilisierung des Grundsatzes, daß, wörtlich nach Schulze, künftig nur noch jene deutsche Wissenschaft Anrecht auf diesen Ehrentitel besitzt, deren Lehrtätigkeit und Forschungsarbeit »unmittelbar dem deutschen Volke nützt«. Da das deutsche Volk in der diktatorischen Gleichung mit Nationalsozialismus identisch sein muß, so bedeutet das, daß alle Resultate der deutschen Wissenschaft die Erkenntnisse Hit-

lers, Rosenbergs (und selbstredend auch die des Mathematikers Schulze) bestätigen müssen, wenn die Träger der Wissenschaft eine Bleibe an den Hochschulen des Dritten Reichs behalten wollen. Schulzes Parole ist schlicht und unmißverständlich: »Selbstverständlich können der Staat oder die Partei der Wissenschaft nicht Befehle erteilen, wohl aber wird man zu verhindern wissen, daß man mit der Wissenschaft Schindluder treibt«. Um ein praktisches Beispiel anzuführen: wenn demnächst Professor Müller in chemischer Analyse feststellt, daß das aus Eichen und Kastanien gewonnene Oel, Produkt deutscher Bäume, eine wertvolle Bereicherung der menschlichen Ernährung im Geiste des Vierjahresplanes ist, so bekommt er von Schulze Note eins, weil er die vom Dritten Reich gestellte Aufgabe »bestanden« hat. Konstatiert er das aber nicht — dann Gnade ihm! Er gehört zur Lehrerschaft »artfremden Denkens«, ein Exempel liberalistischer Skepsis, die sich mit den Wahrheitsgehalt der neuen völkischen Lebensschule nicht länger verträgt. Schulze fordert seine studentischen Hörer unverblümt auf, solche Lehrer durch Niedertrampeln und Boykott zur Abdankung zu zwingen.

Er selber möchte in seiner Eigenschaft als Personalreferent des zuständigen Ministeriums vor der letzten und vollkommenen Auskämmung der deutschen Hochschulen noch gewisse Spielregeln gelten lassen. Er unterscheidet vier Kategorien von Dozenten:

1. Die Männer, die schon vor der Macht ergreifung den Weg zum Führer fanden, sie sind die Stützen der nationalsozialistischen Universität und die Vorbilder für die Studenten. Leider ist, nach Schulzes Feststellung, ihre Zahl immer noch »erschreckend gering«.

2. Die früher »unpolitischen« Professoren, die sich aber nun »bemühen«, den Anschauungen des Staates zu folgen und »danach zu leben und danach zu lehren«. Diesen Reulgen gelte »die besondere Mühe und Aufmerksamkeit der Reichsdozentenbundsführung«, um sie bei der nationalsozialistischen Wahrheitsfindung zu unterstützen.

3. Diejenigen Hochschullehrer, die zu alt seien, um noch umzulernen. Hier kann man nicht viel bessern. Die einzige Hoffnung ist eine beschleunigte Emeritierung, worum das Ministerium dauernd offiziell und inoffiziell bemüht ist.

4. Die immer noch nicht gänzlich ausgerotteten Dozenten, die — bewußt oder unbewußt — den neuen Staat, sein Wol-

len, seine Ideen und seine weltanschaulichen Grundlagen ignorierten. Auf sie hat man natürlich ein besonderes Augenmerk. Man sammelt Material und greift ein, wenn es im Zusammenhang mit dem, was der Reichsdozentenbundsführer und Ministerialdirektor Dr. Schulze bereits in den Akten hat, endlich zur Entfernung ausreicht.

Dieser interessante Blick in die Interna der Hochschulpolitik des Dritten Reiches wurde aber von dem Redner auf Burg Vogelsang noch erweitert. Man will allenthalben entfernen, reinigen, ausrichten — aber man hat keinen ausreichenden Ersatz. Schulze verlangt von Dozenten die Mithilfe an der Aufstellung eines Vierjahresplanes, »um den fühlbaren Mangel an qualifizierten Dozenten zu beheben«. Die ausgelaugte deutsche Universität, deren beste Repräsentanten man teils verjagt, teils mundtot gemacht oder geistig sterilisiert hat, kann selbst unter der nationalsozialistisch geschulten studentischen Jugend keinen genügenden Ersatz mehr finden, obwohl von der Dozenten-schaft kaum etwas anderes verlangt wird, als die nationalsozialistische Lehre und Erziehung zum Objekt von »Wissenschaft« zu machen.

Man kann die Ursachen des Nachwuchsmangels, Gegenstand von Notschreien aller deutschen Universitäten und Fakultäten, in verschiedenen Richtungen suchen. Die Hierarchien der Uniform, von der Wehrmacht zur SA und SS, sind für große Teile der militarisierten deutschen Jugend bessere soziale und politische Zukunftsgaranten im absoluten Staat, als der allzu zivile Katheder, wo man von der Gefahr geistiger Bewußtseinspaltungen unwittert ist. Wenn Professor Schulze unbedingt »Qualität« vom Dozentennachwuchs fordert und sie so sehr entbehrt, so entsteht die penible Frage, ob sich Qualität und die primitiven Postulate nationalsozialistischer Weltanschauung und Wissenschaft überhaupt in eine fruchtbare Vereinigung miteinander bringen lassen. Sind die Ergebnisse der Rassenlehre schon durch Parteibefehl vorweggenommen und ist die führende Leistung des nordischen Menschen die allein gültige Geschichtsauffassung, dann ist der Entfaltungsraum für Qualität sehr beengt, und Schulze fordert mehr, als man billigerweise verlangen kann.

Sollte es noch eine andere Erklärung dafür geben, daß Hochschullehrstühle von der Jugend des Dritten Reiches nicht mehr begehrt werden? Wenn nach Schulzes Zeugnis die braune deutsche Revolution nicht nur ohne, sondern sogar gegen die

deutsche Wissenschaft gemacht worden ist, so muß man sich fragen, ob nicht bereits ein Teil der höher qualifizierten studentischen Jugend Ekel und Haß gegenüber den Zerrbildern deutscher Wissenschaft von heute empfindet.

Freilich, von solchen Empfindungen bis zur aktiven Teilnahme am Kampf um die geistige Freiheit ist der Weg noch weit. Aber sie gehört zum ewigen Anrecht junger Menschen und kann durch Gewalt nicht lange unterdrückt werden. Trotz aller Müllers und Schulzes und trotz aller für tausend Jahre stabilisierten Wissenschaftslehren kommt die Stunde, wo auch die deutschen Universitäten nach alter historischer Tradition zu den Aufmarschgebieten des deutschen Freiheitskampfes wider Unrecht und Finsternis gehören werden. Howald.

Erträglichkeit und anspruchsloser Schwachsinn

»... Das Gesetz zählt die einzelnen Krankheiten und Belastungen auf, bei deren Vorliegen die Fortpflanzung unter allem Umständen untragbar ist, weil die Vererbung der Krankheit oder Belastung auf die Nachkommen mit höchster Wahrscheinlichkeit vorausgesetzt werden kann. Trotzdem hängt auch hier, wie z. B. der im Gesetz genannte schwere erbliche Schwachsinn zeigt, die Entscheidung von dem Maßstab ab, nach dem man Erträglichkeit und Unerträglichkeit einer Belastung erblicher Art beurteilt (der Schwachsinn zeigt 1. die Entscheidung, 2. den Maßstab). »... Denn die Schwachsinnigen stellen billige und anspruchslose Arbeitskräfte, die gerade für mechanische Arbeiten (Autostraßen?) sehr bequem seien, und sie seien als Arbeitnehmer wie als Staatsuntertanen eben auf Grund ihres Schwachsinn eine bequeme und friedliche Menschengruppe... Für den nationalsozialistischen Standpunkt ist selbstverständlich, daß wir von einer »Bewährung im Leben« nur dort sprechen können, wo über das bloße Hinvegetieren hinaus eine wirkliche Teilnahme am Leben (Sammelbüchse?) und an der Nation (Pfeifendeckel?) vorhanden ist, und als Maßstab für eine solche Bewährung muß meines Erachtens verlangt werden, daß die geistigen Kräfte für die (im Original alles gesperrt) Erfüllung der Wehrpflicht beim Mann und für die Aufzucht brauchbarer Kinder bei der Frau ausreichen« (Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, im »Völkischen Beobachter«).

Wer ist gemeint?

»Reden erhöht der Menschheit Geschlecht Hoch über die Tiere! Sprichst du ohne Vernunft, Stehet das Tier dir voran —!« (»Westdeutscher Beobachter.«)

Die Sintflut

Deutsches Geld rollt durch die Welt. Hier die Preitsche, dort ein Süppchen, hier ein Standort, dort ein Grüppchen. Deutsches Geld rollt durch die Welt. Von der Maas bis Tanganjika, von Athen bis Costarica werden Wechsel ausgestellt. Deutsches Geld rollt durch die Welt.

Deutsches Geld rollt durch die Welt. Staatsbesuch mit Jagdbegleitung, Rundfunk, Spitzel, Auslandszeitung. Deutsches Geld rollt durch die Welt, rollt in tausenden Kanälen, Judasgroschen, nicht zu zählen, Schmiergeld, Blutgeld, Schweigegeld, deutsches Geld rollt durch die Welt.

Deutsches Geld rollt durch die Welt. Deutschland selbst verdirbt indessen, Fett aus Kohle — Eintopfen. Deutsches Geld rollt durch die Welt. Jedem rollt es in die Kassen, der beim Morden, Stehlen Hassen sich den Spendern zugesellt. Deutsches Geld rollt durch die Welt.

Deutsches Geld rollt durch die Welt. Hier ein Mord und dort Zerstörung, hier ein Krieg und dort Verschwörung. Deutsches Geld rollt durch die Welt. Deutsche Bomben und Granaten, Schlachtfeld, von Finanzmagnaten mit dem goldenen Pflug bestellt, deutsches Geld rollt durch die Welt.

Deutsches Geld rollt durch die Welt, rollt nach Spanien, Palästina, rollt nach Japan, rollt nach China. Deutsches Geld rollt durch die Welt. Und im Schatten der Kanonen tagen fünfzig Kommissionen, tagen bis das Haus zerschellt und die Welt in Stücke fällt. H—n

Die neue Ausländerei

Es nützt nichts, daß Film und Theater drüben nach Manuskripten schreiben, die »bei uns« spielen — die Flucht ins Ausland ist zur großen Mode geworden, zumal die Flucht in die Vergangenheit beim Publikum reichlich unbeliebt ist. Keiner wagt, auch nur einen Gesellschaftsschwank, geschweige denn einen problematischen Stoff auf deutschem Boden spielen zu lassen. Einer will ein Lustspiel — »Der Unerstehliche« nennt es sich — um das Schiebtertum schreiben, er verlegt es nach England. Der Autor tobt sich in dieser Freiheit darauf aus, daß eine Beleidigung des englischen Volkes aus dieser unmöglichen, verblasenen »Satire« wird. In Deutschland darf ja auch nicht der Versuch einer antikapitalistischen Komödie unternommen werden, der Versuch trübe das Dritte Reich.

Mitte Oktober stieg im Leipziger Schauspielhaus eine Uraufführung zur Feier der »Gaukulturwoche«. Was kommt auf die Bretter? Selbstverständlich ein in Leipzig gedichtetes Auslandsstück: es heißt auch gleich »Die Ausländerin«. Eine Nieme, konstatieren einige Blätter vorsichtig.

Eine Woche später wurde im Berliner Staatstheater die Uraufführung eines Schauspielstücks von Billinger gestartet. Ein Bauernstück mit Weibeteufel, mit unehelichem Kind der Bauerntochter, mit »ündiger Liebeszwischen Magd und Gutsbesitzer. Könnte überall spielen, wo es Bauern gibt. Wo aber rollt die ungekonnte Bühnenballade ab? Selbstverständlich in Mähren, auf tschechischem Grund. Kein deutscher Autor könnte wagen, Blut und Boden zu schänden und deutsche Bauernmädchen gierig, sinnlich, animalisch zu zeigen. Das gibt es nur woanders.

Im Dritten Reich gibt es nicht einmal mehr die Liebeslei begüterter Nichtstuer, drum mußte auch die Handlung des neuen Filmes »Der Unwiderstehliche« nach Frankreich verlegt werden. »Klugerweise«, schreibt das Königsberger Naziblatt naiv, »denn irgendwie wird es auch den beiden Drehbuchverfassern zum Bewußtsein gekommen sein, daß diese Dinge — so nett sie anzuschauen und anzuhören sein mögen — nicht ganz zu uns passen...« Jedoch der Film muß sich bezahlt machen und das Publikum will buntes Leben sehen, drum kommt prompt der empfehlende Dreh:

»Aber damit kommen wir dem Zweck und Sinn eines solchen Films schon näher: Er will ja gar kein wirkliches Leben widerspiegeln, sondern uns ein reizendes Märchen erzählen, ein Märchen, wie es Backfischherzen und Jünglingshirne erträumen, und die Aeltern mit einem überlegenen Schmunzeln zur Kenntnis nehmen. So gesehen, verzichten wir auf logische Maßstäbe...«

Nur darf selbst ein solches »Märchen« nicht in Deutschland spielen, weil dem Volke

der Glaube suggeriert werden muß, daß es solche Liebeslei und lockere »Unsitlichkeit« nur im demokratischen Ausland gibt, nicht aber dort, wo Pfarrer dauernd über die hohle Zahl der geschwängerten BDM-Mädchen klagen und wo die Göbbels und Göring in Lustgärten rauschende Feste geben, mit bengalischer und noch weniger Beleuchtung, mit lauschigen Lauben, weiblichen Pagen, Tänzerinnen und Nymphen.

Diese vier Aufführungen stammen allein aus der Mitte des Oktober. Von der Schwank- und Operettenproduktion soll dabei abgesehen werden. Auch da herrscht die Flucht ins Ausland. Naziblätter mokierten sich vor einiger Zeit darüber, daß im deutschen Kabarett und Varieté noch immer die Sucht triumphiere, auf dem Programm mit ausländischen Namen aufzuwarten. Aber auf fünfzig Prozent aller deutschen Theaterzettel wird man nur die Maurice und Jean, die Charles und James, die Claire und Jane gewahrt. Das deutsche Volk, lächerlich überfremdet von gleichgeschalteten Literaturtenten, taucht nur noch in langweiligsten »soldatischen« Stücken, Bluboakten oder Dramen von ehedem auf.

Eine neue Art Ausländerei, die die Vorstellung des deutschen Volkes von der Welt völlig verzerrt hilft, macht sich breit. Man stiehlt Namen und Orte des Auslandes, um dem Publikum jene Lebensbuntheit zu bieten, die es im Dritten Reich nicht geben darf und ohne die jede Art Schaubühne abstirbt. Das wirkliche deutsche Volk muß in seinen Lebensäußerungen für die deutsche Literatur nach Hitler erst wieder entdeckt werden. Br.

Nach eine Spitzenbürokratie

Neuordnung der Krankenkassen

Der Abbau der Sozialversicherung hat die Krankenkassen recht empfindlich erfaßt. Die Inanspruchnahme der Krankenversicherung durch ihre Mitglieder ist erschwert worden. Das große Verwaltungsdefizit soll durch weitere Maßnahmen zur Senkung der Krankheitsziffern ausgeglichen werden. Nun wird nicht etwa das krankheitsverhütende Heilverfahren ausgebaut, sondern im Gegenteil — die Erholungs- und Heilstätten sind von den Krankenkassen in die Hände der Träger der Invalidenversicherung übergegangen. Die Bewilligung von Heilverfahren erfolgt bei einer Altersversicherung nach wesentlich engeren Gesichtspunkten, als bei der Krankenkasse.

Die Senkung der Krankenziffer besorgen im Dritten Reich die Gesinnungsärzte, die mit der Einführung der sog. Betriebsuntersuchungen den Rest von freier Aerztewahl beseitigt haben. Der Betriebssport und »Kraft durch Freude« sollen für »Freude und Erfrischung der Lebensweise« sorgen. In der Deutschen Arbeits-Korrespondenz rechnet ein Metallindustrieller aus, »was das Kranksein kostet«. Der Angestellte erhält im Krankheitsfall sein Gehalt weiter gezahlt, der Stundenlöhner bekommt vom vierten Tag ab sein Krankengeld.

»Man muß sich aber klar machen, daß dieser Verlust dann vom Betrieb oder von der Krankenkasse getragen werden muß.«

Der Sinn der neu eingeführten Betriebsuntersuchungen wird klar. Ihre Wirksamkeit aber soll durch die Neuordnung der Krankenkassen ergänzt werden. Wie der »Deutsche Volkswirt« bekannt gibt, hat neuerdings sogar der Reichspräsident seine Tätigkeit in die Krankenkassen verlegt. Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers unterliegen Anträge auf Neuregelung der Beiträge oder Leistungen der Krankenkassen künftig nicht mehr den Obergesundheitsämtern, sondern den Preisbildungsstellen. Die »Preisstopverordnung« soll durch Verhinderung aller zulässigen Mehrleistungen der Krankenkassen deren Entlastung bringen.

All den Einzelmaßnahmen gegen die erkrankten Versicherten folgte nun mit der Verordnung zur »Neuordnung der Krankenversicherung« vom 6. September 1937 die große faschistische Verfassungsreform. Vier Reichsverbände der Krankenkassen werden in Zukunft als öffentlich-rechtliche Körperschaften zentralistisch-bürokratisch das deutsche Krankenkassenwesen leiten.

Diese Neugestaltung der Spitzenverbände reiht sich rein äußerlich gesehen an die Organisationsentwicklung der früheren Krankenkassen an. Der wichtigste Spitzenverband ist nämlich der von den Nazis geraubte frühere »Hauptverband der Krankenkassen«, dessen Funktionäre im Mai 1933 verhaftet, verfolgt und diffamiert worden waren, während jetzt der Rahmen der von ihnen geschaffenen Organisation die Grundlage der »neuen« Reichsorganisation bildet. Inhalt und Zweck der einstigen Spitzenverbände aber werden grob verfälscht.

Nach der Reichsversicherungsordnung konnten (§ 406) die Krankenkassen bezirkliche Kassenverbände bilden. Darüber hinaus hatten sich aus den im § 414 zugelassenen Kassenvereinigungen die großen Spitzenverbände gebildet. Es war vor allem der Hauptverband, der trotz Inflation und Krise die Krankenkassen zu steigenden Leistungen befähigt hatte. Diese Spitzenverbände sorgten für einen rationellen Verwaltungsbetrieb der Einheiten und hatten in Gemeinschaft mit den Aerztorganisationen große Erfolge auf dem Gebiete der Sozialhygiene und der Hebung der allgemeinen Volksgesundheit aufzuweisen. Als 1933 die Nazis auch die Krankenkassen und ihren wohlgegliederten Organismus mit Gewalt besetzten, stand das Krankenkassenwesen in einer günstigen Entwicklung zur weiteren Vereinheitlichung. Die Zersplitterung in zahllose Kassen sollte vor allem durch eine systematische bezirkliche Ordnung der Ortskrankenkassen, sowie die Beseitigung der Betriebs- und Innungskassen überwunden werden. Inzwischen haben die Nazis zwar die Ortskrankenkassen an Zahl vermindert, indes wuchert der Betriebssegenismus und der Innungsklingel munter weiter.

Die Spitzenverbände, die als großes Werk der Selbstverwaltung gewachsen waren, sollen mit der neuen Verordnung zu einer zentral-überspitzten Aufsichts-bürokratie umgewandelt werden. Nach der neuen Rechtsform übernehmen die Reichsverbände natürlich das »vorhandene Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen, also auch an Geld und Wertpapieren, Forderungsrechte usw. der früheren Spitzenver-

bände«. Der Raub vom 2. Mai 1933 wäre somit »gesetzlich legalisiert«. Die bisherige freiwillige Mitgliedschaft der Kassen zum Hauptverband wird jetzt in eine Zwangsmitgliedschaft umgewandelt. Künftig werden alle gesetzlichen Krankenkassen einem der vier Reichsverbände der Orts-, Land-, Betriebs- oder Innungskassen angehören. Die Reichsverbände regeln vor allem die Verträge der Kassen mit Aerzten, Zahnärzten usw., sie üben die Kontrolle des Rechnungswesens. Eine weitere Aufgabe betrifft die Bestellung und Benennung der Vertreter und Beisitzer der Kassen zu den Schiedsämtern, Einigungs- und Prüfungsstellen, zu den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten, zu den bezirklichen Ausschüssen usw. Die Reichsverbände wirken bei Errichtung, Schließung und Auflösung von Kassen mit, sie betreiben die Aus- und Fortbildung des Kassenpersonals, sie sind an der Vorbereitung gesetzlicher Maßnahmen beteiligt, sie haben die »Beratung« bei Ernennung und Abberufung der Kassenleiter, ausgenommen selbstverständlich die Betriebskassen, bei denen der Betriebsführer seinen Kassenleiter ernannt. Andere Aufgaben können ohne gesetzliche Bestimmung den Reichsverbänden jederzeit vom Reichsarbeitsminister übertragen werden. Außerdem verfügen sie über eine Generalermächtigung in Kauf- und Verkaufsangelegenheiten.

Waren die früheren Spitzenverbände eine Zusammenfassung der Kassen, die zur Gemeinschaftsleistung und zum Gefahrenausgleich befähigen sollte, ohne etwa das Eigenleben der Krankenkassen zu berühren, so ist jetzt die in Jahrzehnten entwickelte soziale Krankenfürsorge zur blutleeren Nazibürokratie verwandelt worden. Die erste Erklärung der Reichsverbände lautet:

»Es ist selbstverständlich, daß die Leitung der neuen Reichsverbände nach dem Führerprinzip erfolgt. Daher steht an der Spitze nur eine Person als Leiter.« Er wird vom Führer ernannt. Seine Amtszeit dauert, falls keine vorzeitige Abberufung durch den Führer erfolgt, fünf Jahre. Der Leiter erhält nach »dem Grundsatz der Selbstverwaltung« einen Beirat, von dem er jedoch nicht »in Abhängigkeit geraten darf«.

»Deshalb ist grundsätzlich nur die Meinung des Leiters maßgebend.« Die Bestimmungen über eine Beratung durch diesen Beirat sind nichtssagend und belanglos. Die Berufung der fünf Beiratsmitglieder und ihrer Stellvertreter erfolgt durch den Reichsarbeitsminister auf Vorschlag der Arbeitsfront. Die Reichsverbände sind am 1. Oktober 1937 in Kraft getreten, ohne eine Satzung zu haben. Das soll vom Leiter noch nachgeholt werden. Die Angestellten der Reichsverbände, die bisher privatrechtlich beschäftigt waren, sind künftig der gleichen Dienstordnung unterworfen, wie die Angestellten der einzelnen Krankenkassen. Sie können bei Streitigkeiten aus dem Dienstvertrag das Arbeitsgericht nicht mehr anrufen, sondern unterstehen den Versicherungsämtern, die ebenfalls durch Arbeitsfront und Partei entsprechend zusammengesetzt sind.

Die Ersatzkassen, also auch die gewerbmäßig betriebenen Krankenversicherungsanstalten, sind den Reichsverbänden nicht unterstellt, sondern betreiben ihre Geschäfte uneingeschränkt weiter. Der Raub vom 2. Mai 1933 erstreckte sich ja nur auf die Kassen der Arbeiter und Angestellten. Die privatkapitalistisch konstruierten Krankenkassen

sind verschont geblieben, sie sollen auch künftig erhalten bleiben. Im ganzen — so schließt die Zeitschrift des »Reichsverbandes der Ortskrankenkassen — Körperschaft des öffentlichen Rechts« — ihre Betrachtungen, kann gesagt werden:

»Die Selbstverwaltung ist hergestellt.« Die Bonzen in den Krankenkassen sorgen für sich selbst und die Spitzenverbände werden zum Selbstzweck. Diese Art von Selbstverwaltung ist in der Verfassungsreform im Zusammenhang mit den amtlichen Betriebsuntersuchungen erreicht. So schreibt die DAK vom 21. September mit Genugtuung:

»Weit entfernt davon, in der Gesundheitspflege und Krankheitsverhütung eine reine Geldangelegenheit zu sehen, muß man doch diesen Dingen Beachtung schenken. Das haben bereits die großen Lebensversicherungen erkannt, die ihre Versicherten ohne besondere Kosten alljährlich einmal untersuchen lassen.«

Wenn sich die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften auf diesem Wege vor Versicherten zu schützen wissen, die sie frühzeitig belasten könnten, warum soll die Krankenversicherung des Dritten Reiches nicht denselben Weg beschreiten. Warum Krank-

»Es wird zu überlegen sein, ob das deutsche Volk weiterhin einen Teil seiner Arbeitskraft brach liegen läßt, ob jeder von uns außer seinen Beiträgen noch 4,45 RM im Monat, d. h. 53,40 RM im Jahr durch Krankheiten verloren gehen läßt, von denen sicher die Hälfte durch Abhärtung zu ersparen sind.«

Die öffentlich-rechtlichen Reichsverbände der Krankenkassen und die amtlichen Betriebsuntersuchungen werden auch diese Aufgabe der »Volksgesundheit« bewältigen.

Tatsachen gegen Lügen!

Da machen die Nationalsozialisten fortgesetzt so lauten Lärm damit, daß sie dem deutschen Volk angeblich das Leben um so viel schöner gemacht hätten, daß jetzt alle Arbeiter und Arbeiterinnen Ferien hätten und sich sogar eine Ferienreise gönnen können. Aufgeblähte Ziffern werden von »Kraft durch Freude« veröffentlicht, die beweisen sollen, wie umfassend die Segnungen sind, die den Deutschen im Dritten Reich zuteil werden. Aber — wie fast immer — erweisen sich diese Behauptungen sofort dann als plumpe Propagandamätzchen, wenn ihre Zuverlässigkeit an sachlichen Feststellungen geprüft werden soll. Es müßte, wenn der Ferienverkehr in Deutschland sich wirklich so gewaltig entwickelt haben sollte, zuerst jenes Gewerbe davon etwas verspüren, das nahezu ausschließlich von dem Ferienverkehr lebt: das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Seine Lage müßte nicht nur erheblich besser sein, als während der Krisenjahre, sondern es müßte auch im Vergleich zu 1929 geradezu glänzende Zeiten erleben! Aber merkwürdig: selbst die hundertprozentige nationalsozialistische Leitung der zuständigen Fachgruppe kann die Tatsachen nicht so grotesk verdrehen, sondern muß zugeben, daß sich gegenüber den schlimmsten Krisenjahren die Lage im Ferienverkehr nur gering gebessert hat, daß sie jedoch gegenüber 1929 noch ganz erheblich schlechter ist. Die Frequenz der Ferienverkehrshotels hat selbst

im Sommer 1937, der gegenüber 1936 eine Besserung gebracht hat, noch immer nicht den Stand des Jahres aus der Weimarer »Systemzeit« erreicht. Er müßte aber längst überholt sein, wenn wirklich einige Millionen Menschen mehr Ferien und neu Gelegenheit erhalten hätten, sich eine Ferienreise oder Ferientaufenthalt zu gönnen.

Der Geschäftsführer der Fachgruppe Gaststätten und Hotelgewerbe Dr. Kühne, hat weiter festgestellt, daß die Gesamtumsätze dieses Gewerbes im Jahre 1936 erst 50 bis 60 Prozent des Umsatzes von 1929 erreichten. Also nur wenig mehr als die Hälfte! Der Sommer des laufenden Jahres hat keine wesentliche Steigerung gebracht.

Damit ist einwandfrei erwiesen, daß die nationalsozialistischen Behauptungen Märchen sind! Der Ferienverkehr ist jetzt, trotz der guten Wirtschaftskonjunktur, bedeutend schwächer als er vor Etablierung des Dritten Reiches war. Und diejenigen aus dem schaffenden Volke, die sich trotz der stark gedrückten Löhne noch eine Ferienreise erlauben, können sie nur unter äußersten Einschränkungen ermöglichen, wofür der 50prozentige Rückgang des Gesamtumsatzes im Ferienverkehr des deutschen Gaststätten- und Hotelgewerbes der Beweis ist.

Diese unzweifelhafte Verkümmern des Feriengusses der arbeitenden Menschen soll durch den Reklamerummel von »Kraft durch Freude« unsichtbar gemacht werden.

Ehre der Arbeit

In Mariadorf im Aachener Gebiet hielt es die DAF wieder einmal für notwendig, eine Versammlung durchzuführen. Als Redner war der berühmte Professor Börger erschienen. Neben vielen Phrasen über »das, was der Nazismus schon alles geschaffen habe, behandelte der gebildete Herr auch die Lohnfrage. Ein Bergarbeiter fragte in einem Zwischenruf, warum denn der Lohn nicht erhöht werden könne. Er erhielt darauf die Antwort: »Halt die Klappe, sonst fliegst Du heraus, hier rede ich.« Das »schneidige Auftreten« des Nazibonzen hat unter der Arbeiterschaft größte Empörung hervorgerufen.

Alles herausholen!

Auf dem ersten Deutschen Beamtenkongress in München sprach Frick über die »Staatsmaschine«. Er sagte laut Bericht:

»Wir Nationalsozialisten müssen dafür sorgen, daß die Maschine immer richtig läuft und daß aus ihr, besonders in der Zeit des Vierjahresplanes, alles herausgeholt werden kann, was irgend möglich ist.«

Und das wird in der Tat so gründlich besorgt, daß nach dem Urteil von Fachleuten bald nichts mehr herauszuholen ist.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Guld 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,50), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,50 (6,00), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—) Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,05 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakel: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 16.149 Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304 Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797 Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Bukarest, Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029 Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Vierjahresplanspiegel

Wie die folgende Zeitungsanalyse zeigt, ist Deutschland noch schöner geworden:

1. Um Früchte und Fruchthölzer nicht zu beschädigen, ist es verboten, bei dem Sammeln der Roßkastanien mit Stöcken, Steinen und dergleichen nach den Früchten zu werfen.

2. Wer den Vorschriften dieser Polizeiverordnung zuwiderläuft, wird mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bestraft.

Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen über die Kastanienerte.

In diesem Winter wird die Schaffung einer Krabbenwurst, eines wohl-schmeckenden Brotaufstrichs, der zunächst in einem Umfang von 340.000 Halbkiloposten in der Nahrungsliste des WHW erscheint, den Krabbenfischern entsprechend geholfen.

Deutsche Zeitungsmeldung. Viele Volksgenossen wissen gar nicht, daß sie im Besitze fremder Valuten sind, wenn es sich dabei auch oft um geringfügige Beträge handelt. Man-

cher hat von einer Auslandsreise noch etwas fremdes Kleingeld mitgebracht und weiß damit nichts anzufangen. Wenn sich nun alle Volksgenossen entschließen könnten, diese für sie fast wertlosen Münzen dem Winterhilfswerk zu opfern, käme ein ganz ansehnlicher Silber-, Kupfer- und Nickelschatz zusammen. Gebt darum solche Münzen dem WHW!

Deutsches Nachrichtenbüro.

Es hat sich nun die Unsitte herausgebildet, daß die verschiedensten Personen, kurz vor der Abfuhr der Abfälle, die für diese Zwecke besonders aufgestellten Kästen untersuchen, die wertvollsten Metallteile herausnehmen und auf eigene Rechnung verkaufen. Das ist Diebstahl! Alle Volksgenossen, besonders die Hauswirte, werden aufgefordert, an der Unterdrückung dieser Unsitte mitzuarbeiten.

Preußische Zeitung Nr. 276.

Polizeilich geschützte Roßkastanien, ängstlich gehütete Müllkästen, Krabbenwurst und: »Raus mit den Zehnhellerstücken!« Es muß eine Lust sein, im Dritten Reich zu leben.